

# FIGU- ZEITZEICHEN

**Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse**



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

4. Jahrgang  
Nr. 98, Juli/2 2018

## **Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

## **Früchte der Öffentlichkeitsarbeit**

Anfang Mai 2018 wurde BEAM «Billy» Eduard Albert Meier danach gefragt, wie viele Menschen durch Infostände und Vorträge, die Teilnahme an Messen sowie durch jegliche Form von Internetz-Arbeit der FIGU-Mitglieder und FIGU-Freunde erreicht werden, die dadurch zum Nachdenken und Umdenken angeregt werden. Des weiteren wurde gefragt, wie sich das persönliche Vorbild und das Gespräch mit Interessierten im privaten Bereich für die Mission der FIGU auswirken.

Billy antwortete, die genauen Zahlen könne er nicht sagen, denn es sei für die Plejaren sehr zeitaufwendig, eine genaue Zählung durchzuführen. Aber es sei erwiesen, dass durch Infostände und Vorträge usw. mehr Menschen erreicht werden, als man vermute. Dies darum, weil sich viele Menschen nicht öffentlich äussern resp. keine Rückmeldungen bei der FIGU anbringen. Billy erhalte auch immer wieder Telephonate von Menschen, die durch Vorträge, Infostände und natürlich auch durch die Internetzseiten der FIGU auf die Mission aufmerksam geworden sind. Das sind die Erfahrungswerte von Billy, und er ist sich sicher, dass all die Bemühungen auf fruchtbaren Boden fallen. Genauere Untersuchungsergebnisse können, wie schon erwähnt, aufgrund von zu arbeitsintensivem Aufwand nicht gemacht werden. Es ist diesbezüglich natürlich auch davon auszugehen, dass es nicht die Massen sind, sondern immer einzelne Menschen oder, wie Billy sagte, kleinere Kreise, wie Freundschafts-, Verwandtschafts- oder Bekanntenkreise, innerhalb deren die FIGU-Belange besprochen werden.



*Ein Infostand der FIGU-Landesgruppe Deutschland*

In bezug auf das persönliche Vorbild sagte Billy, dass dieses immer nur für sich selbst gelte, weil man es in erster Linie für sich selbst mache.



Im persönlichen und privaten Bereich ergeben sich auch immer wieder konstruktive Gespräche, denn viele Menschen sind, wenn sie nicht völlig dem Materialismus verfallen sind oder in irrationalen Glaubensannahmen schweben, durchaus für Logik und Vernunft ansprechbar. Da kann man dann auch das Thema «Überbevölkerung» ansprechen. Im Gegensatz zu den selbsternannten «Gutmenschen», die z.B. selbst vegan leben, aber ihren vielen Haustieren ohne schlechtes Gewissen bestes Fleisch von Tieren verfüttern, die qualvollste Transporte erleiden mussten. Auch würden sie das Land mit Asylanten überquellen lassen, denn sie seien in ihrem esoterischen Wahn für Vernunft praktisch unansprechbar, da sei jedes Wort vergebens.

Achim Wolf, Deutschland

Diese Grafik zeigt, wo sich das hegemonistische US-Amerika bereits weltherrschaftsgierig militärmächtig in vielen Staaten der Erde eingenistet und einen drohendgefährlichen Angriffsblock gegen Russland gebildet hat, das sich gegensätzlich zu den USA und den mit diesen gleichziehenden Weststaaten trotz primitiver Angriffigkeiten, falschen Beschuldigungen und ungerechtfertigten Sanktionen weitgehend friedfertig, kooperativ sowie verantwortungsbewusst zurückhaltend verhält.



*U.S. Bases Near Russia*



*USA-Militärbasen rund um Russland und Syrien*

**Nur Dumme sehen nicht, dass nicht Russland der Aggressor ist, sondern die USA die Welt mit Krieg, Terror und Tod überziehen.**

**Revolution ist nicht das, was die meisten Menschen denken**



**Revolution ist, wenn Du den Fernseher ausschaltest und anfängst, Dich zu bilden und selbst zu denken!**

**Kein Interesse an Frieden: «Die USA wollen Staaten, die im Chaos versinken»**

von Noch.info · 27/06/2018



Vor sieben Jahren sagt Georg Friedmann US-Truppenverlegungen ins Baltikum exakt voraus/USA haben kein übergeordnetes Interesse an Frieden/Wir wollen nichts erreichen, sondern verhindern/Demokratie und Menschenrechte sind politische Rhetorik/EU schwächen/2040 spielt Deutschland keine Rolle mehr Geopolitische Analysen und Projektionen von Zbigniew Brzezinski oder Georg Friedman erweisen sich als erstaunlich zutreffend. So hat Brzezinski, der in Sachen Aussen- und Sicherheitspolitik von Jimmy Carter bis hin zu Barak Obama fünf US-Präsidenten beriet, die Serie von US-Invasionen in Kuwait, im Irak oder in Lybien bereits exakt vorausgesagt. Präzise beschreibt auch der Gründer und bis vor kurzem Chef des privaten US-Geheimdienstes Stratfor, Friedman, in seinem bereits 2010 erschienen Buch «Die nächsten hundert Jahre» die geopolitische Zukunft. Seine Voraussage im Blick auf das Baltikum ist gerade beklemmende Aktualität geworden.

**Private Think Tanks steuern US-Aussen- und Sicherheitspolitik**

Wer zwischen den Zeilen liest, erkennt nicht nur, dass die Aussen- und Sicherheitspolitik der USA zweifelsohne von privaten Think Tanks und Elitezirkeln wie dem Council on Foreign Relations (CFR) entwickelt und gesteuert wird, sondern dass es, aller politischen Rhetorik zum Trotz, bei US-Interventionen eben gerade nicht um Demokratie, Freiheit oder Menschenrechte geht, sondern auf Kosten des Weltfriedens um den Erhalt einer monopolaren Weltordnung faschistischer Prägung.

Friedman benennt bereits vor sieben Jahren Regionen wie etwa den Nahen Osten, die heute durch USA-Interventionen paralyisiert sind, beschreibt wie durch die totale Überwachung der Seewege der internationale Handel kontrolliert wird, erläutert die Funktion von US-finanzierten weltweiten Nichtregierungsorganisationen sowie die zivilisationsverachtende globale Gesamtstrategie hinter den US-Allmachtphantasien: Nämlich die gezielte Herstellung von Chaos in Feindstaaten.

### US-Truppenverlagerungen ins Baltikum sieben Jahre zuvor vorausgesagt

Für die deutsche Bevölkerung entscheidend ist aber, dass mit den aktuellen US-Truppenverlagerungen in die baltischen Staaten ein Szenario, das Friedman ebenfalls vor sieben Jahren mit Blick auf Osteuropa prognostizierte, in der Gegenwart angekommen ist. Es ist einzig dem unerwarteten Ausgang der US-Wahlen und der Neudefinition der Kooperation zwischen Russland und der Türkei nach dem Putsch-Versuch im letzten Sommer zu verdanken, dass weitere seiner Szenarien so nicht mehr eintreten und die geopolitischen Karten neu gemischt werden. Sollte Friedman indes mit der Prognose einer militärischen Konfrontation mit Russland um 2020 Recht behalten, dann steht die Welt vor einem globalen Konflikt.

### Die USA ist ein moralfreier, totalitärer Staat

Die anschließenden Zitate stammen aus seinem Buch und sind mit Seitenzahlen gekennzeichnet, so dass jeder sich über deren Authentizität und Kontext versichern kann. Friedman beschreibt die USA als einen moralfreien Staat ohne politische Glaubwürdigkeit bzw. Zuverlässigkeit auf dem Weg in den Totalitarismus. Als einen Staat, der von sich selbst behauptet, keine Freunde zu kennen, sondern nur Interessen zu besitzen.

*Die USA sind eine kriegerische Nation. Statistisch befanden sie sich 10 Prozent der Zeit ihres Bestehens im Krieg. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren es 22 Prozent und seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts sind die USA permanent im Krieg. S. 39–40*

*Die fünf geopolitischen Imperative der USA, S. 40–45*

1. *Die komplette Domination Nordamerikas durch die Armee der Vereinigten Staaten,*
2. *Die Auslöschung jeglicher Bedrohung für die USA durch eine Macht in der westlichen Hemisphäre,*
3. *Die totale Kontrolle des maritimen Zugangs zu den USA durch Seestreitkräfte, die jeden Versuch einer Invasion vereiteln,*
4. *Die totale Kontrolle der Ozeane, um Unversehrtheit und Kontrolle über das internationale Handelssystem zu garantieren,*
5. *Die Hinderung aller Nationen, die globale Seemacht der USA herauszufordern.*

*Die USA haben kein übergeordnetes Interesse an Frieden in Eurasien. Ebenso wie in Korea oder Vietnam war der Grund dieser Konflikte einfach der, Mächte zu destabilisieren, nicht Ordnung einzuführen. S. 45*

*Die USA wollten den Aufstieg einer europäischen Supermacht verhindern. Interventionen waren nicht darauf ausgerichtet, etwas zu erreichen – egal was die politische Rhetorik verlautbarte –, sondern etwas zu verhindern. Ziel war es eben nicht, zu stabilisieren, sondern zu destabilisieren. S. 46*

*Das 21. Jahrhundert wird für den Rest der Welt gefährlich. Die USA tendieren dazu, dass es ihnen egal ist, wie sie ihre globale Macht ausspielen. Sie besitzen Politiker, die anderen Staaten rücksichtslos erscheinen. Die Ergebnisse können für andere verheerend sein, die USA aber gedeihen. S. 47*

*Durch die erste Intervention in Kuwait blockierten die USA die Ambitionen des Iraks. In Jugoslawien ging es darum, Serbien daran zu hindern, regionale Macht auf dem Balkan zu werden. Die Intervention in der islamischen Welt verhinderte ein islamisches Imperium. S. 45*

*Eine islamische Welt im Chaos und unfähig sich zu einen bedeutet, dass die USA ihr strategisches Ziel erreicht hat. S. 49*

*Das Problem ist, dass allein die Existenz eines geeinten Russlands eine signifikante Herausforderung für Europa darstellt. S. 101*

*Für ein Land, das in den letzten beiden Jahrhunderten dreimal überfallen wurde, ist es nicht akzeptabel, anzunehmen, dass die NATO keine Bedrohung darstelle. Russland kann mit einem neutralen Baltikum leben. Dagegen ist es ein Risiko, mit einer baltischen Region zu leben, die Teil der NATO und den USA zugewandt ist. S. 114*

Russland weiss, dass die NATO durch die Aufnahme der baltischen Staaten nach Osteuropa systematisch ausgebaut wurde. Als die USA begannen, die Ukraine für die NATO zu rekrutieren, änderte Russland seine Absichten. Wenn die Ukraine und das Baltikum in die Hände eines Feindes fielen, etwa dadurch, dass sie der NATO beitreten, wäre Russland existenziell bedroht. S. 112

Die Russen betrachteten die Vorgänge in der Ukraine als den Versuch der USA, das Land in die NATO zu integrieren und so den Startschuss für den Zerfall Russlands zu geben. Um ehrlich zu sein, in der russischen Wahrnehmung liegt ein Gutteil Wahrheit. S. 70

2015 wird sich eine globale Konfrontation auf dem Weg befinden und bis 2020 intensivieren. Keine Seite riskiert einen Krieg, sondern sie manövrieren. 2020 wird die Konfrontation weltweites Thema sein. S. 117

Russlands Strategie ist es, Pufferzonen in Osteuropa einzurichten und Nachbarn zu manipulieren, um so eine neue regionale Machtbalance in Europa herzustellen. Russlands Aktionen werden aggressiv ausschauen, während sie eigentlich defensiver Natur sind. S. 105

Russland hat drei Werkzeuge, um das Baltikum zu beeinflussen. Erstens verdeckte Operationen. In der Weise wie die USA überall auf der Welt Nichtregierungsorganisationen finanzierten, wird Russland russische Minderheiten im Baltikum finanzieren, ebenso wie alle pro-russischen Elemente, die gekauft werden können. Wenn die Balten mit der Unterdrückung dieser Bewegungen beginnen, gibt dies den Russen den Vorwand, ihr zweites Werkzeug einzusetzen – ökonomische Sanktionen. Schliesslich wird Russland substantielle militärische Präsenz nahe der Grenzen der Länder zeigen. S. 115

Russland wird die Slowakei und Bulgarien destabilisieren. Diese Konfrontation wird entlang der gesamten Westgrenze Russlands passieren. Russland will Osteuropa isolieren und die NATO aufbrechen. Schlüsselfiguren sind Deutschland und Frankreich, die beide keine Konfrontation wollen. S. 116

Da die baltischen Staaten in Gefahr sind, wird eine kollektive Anstrengung mit Truppenpräsenz nötig sein. Einige Mitglieder der NATO werden dazu nicht bereit sein, daher wird diese Aktion ausserhalb der NATO stattfinden. Die NATO wird aufhören in einer effizienten Weise zu funktionieren. S. 138

Egal, was der Rest Europas unternommen wird, Polen, die Tschechische Republik, Ungarn und Rumänien werden jeden Deal mit den USA machen, um Unterstützung zu bekommen. S. 119

Polen wird noch abhängiger von den USA. Für die USA ist dies eine kostengünstige Gelegenheit, die Russen niederzuhalten und die Europäische Union zu schwächen. S. 117

Eine Allianz osteuropäischer Staaten unter Einschluss der baltischen Staaten sowie Ungarns oder Rumäniens und angeführt von Polen wird die Möglichkeit erkennen, alte Grenzen wiederherzustellen, um vor Russland sicher zu sein. Gleichzeitig werden sie sich gegen traditionelle westliche Feinde wie Deutschland schützen. S. 138

Für Osteuropa ergibt sich aus dem Zusammenbruch Russlands die Notwendigkeit, eine aggressive Aussenpolitik zu betreiben. Osteuropa wird die dynamischste Region Europas. Da Russland ausgefallen ist, wird Polen nach Osten drängen, um Pufferzonen in der Ukraine zu bilden. S. 149

Der Zusammenbruch Russlands um 2020 wird Eurasien in ein Chaos stürzen. Kontrollierten Oligarchen bei vorherigen Kollapsen Russlands Wirtschaft, so werden nun regionale Führer die Verantwortung übernehmen. S. 136

Aus Sicht der USA ist dies ein hervorragendes Ergebnis. Der fünfte globale Imperativ der USA war, dass keine Macht in der Lage sei, Eurasien zu kontrollieren. Mit Russland im Chaos ist diese Möglichkeit weiter als jemals zuvor entfernt. S. 137

Bis 2020 ist die Türkei eine aufstrebende ökonomische und militärische Macht in einem Meer aus Chaos. Während der russisch-amerikanischen Konfrontation in den späten 2010-Jahren werden der Nahe Osten und der Süden der Türkei durch Russland weiter destabilisiert. Auch die Balkanstaaten im Nordwesten der Türkei werden instabil. S. 145

Die Türkei hat kritische Bedeutung in der Konfrontation mit Russland. Die Russen benötigen Zugang zum Bosphorus, um den USA auf dem Balkan zu begegnen. Die Türken wissen, dass auf diese Weise ihre Autonomie bedroht wird. Sie werden daher zu ihrer Allianz mit den USA stehen. S. 146

2030 wird die Türkei die USA als Gefahr für ihre Interessen bewerten. S. 147

2040 werden Deutschland und Frankreich keine Rolle mehr spielen. Problem für beide sind die USA. S. 151

Noch zum Thema: US-Hauptziel seit einem Jahrhundert war, ein Bündnis zwischen Russland und Deutschland zu verhindern.

Quelle: Von wegen Medien-Demokratie

Quelle: <http://noch.info/2018/06/kein-interesse-an-frieden-die-usa-wollen-staaten-die-im-chaos-versinken/>

## Die Zerstörung des Völkerrechts

### Um von seinen Verbrechen abzulenken, manipuliert der Westen die Öffentlichkeit

Freitag, 29. Juni 2018, 12:00 Uhr; von Karin Leukefeld

Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und die USA drängen auf die Veränderung des Völkerrechts, weil es sie daran hindert, ihre Interessen gegen andere durchzusetzen. Jüngstes Beispiel: Die Organisation für das Verbot von Chemiewaffen.

Geschafft! Grossbritannien, die USA, Deutschland, Frankreich und weitere Länder haben der UN-Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) ihre Neutralität genommen. Damit wird die Organisation zu einem politischen Instrument, sagen die Kritiker. Im Westen bejubelt man die «grossartige Nachricht».

Die Arbeit der OPCW unterliegt strengen Regularien über die Untersuchung von tatsächlichen oder angeblichen Angriffen mit chemischen Waffen. Als strikt neutrale Dienstleistungsorganisation untersteht die OPCW dem UN-Sicherheitsrat, der sie beauftragt und dem sie wiederum ihre Erkenntnisse mitteilt. Dem UN-Sicherheitsrat ist es vorbehalten, Schlüsse und weitere Schritte aus den OPCW-Erkenntnissen zu ziehen.

Mit der Neutralität ist es vorbei, denn zukünftig soll die OPCW selbst Täter von Chemiewaffenangriffen nennen können. Für den von Grossbritannien eingebrachten und von Frankreich, Deutschland, Australien, Kanada und den USA unterstützten Antrag stimmten bei einer Sondersitzung in Den Haag (26. Juni 2018) 82 Staaten, 24 stimmten dagegen.

Die Entscheidung bezieht sich ausdrücklich auf Ereignisse in Syrien, bei denen chemische Substanzen tatsächlich oder angeblich eingesetzt worden waren. Bisher ist unklar, wer dafür verantwortlich ist. Die Opposition und ihre Unterstützer beschuldigen die syrische Regierung. Die wiederum und Russland verweisen auf bestimmte Kampfgruppen, die chemische Waffen, insbesondere Chlorgas, seit 2012 in ihrem Besitz haben. 2013 übergab Syrien seine kompletten Chemiewaffenbestände der OPCW zur Vernichtung. Offiziell wurde der Vorgang 2016 erfolgreich abgeschlossen. Syrien trat dem Abkommen für das Verbot von Chemiewaffen bei.

Doch immer wieder tauchten aus israelischen Militärkreisen und von Seiten der Opposition Behauptungen auf, Syrien habe noch mindestens drei Tonnen Chemiewaffen versteckt, arbeite (mit dem Iran) weiter an einem Chemiewaffenprogramm und setze Chemiewaffen ein. Ein gemeinsamer Untersuchungsmechanismus (JIM) zwischen der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) und der OPCW, der im Auftrag des UN-Sicherheitsrates die Vorwürfe von Chemiewaffenangriffen in Syrien klären sollte, stellte Ende 2017 seine Arbeit ein.

Grund dafür war ein Streit zwischen den USA, Grossbritannien und Frankreich auf der einen sowie Russland und Syrien auf der anderen Seite. Russland hatte wiederholt die einseitige und unprofessionelle Ermittlungsarbeit des JIM kritisiert und einer Mandatsverlängerung ohne Änderung des Arbeitsauftrages nicht zugestimmt. In den meisten Fällen wurde von den OPCW-Inspektoren nicht direkt, sondern indirekt, manchmal – angeblich aus Gründen der Sicherheit – gar nicht ermittelt.

Grundlage von Untersuchungen waren Material, Zeugen und Darstellungen, die der OPCW von politischen und/oder bewaffneten Oppositionellen zugeführt worden waren. Ein klarer Verstoss gegen die Unparteilichkeit der OPCW-Arbeit. Versuche Russlands, das Thema im UN-Sicherheitsrat neu zu verhandeln, wurden von den USA, Grossbritannien und Frankreich ignoriert.

Stattdessen legte Grossbritannien nun eine Resolution für eine Mandatsänderung der OPCW direkt bei einem Sondertreffen der OPCW vor. Britische Diplomaten – und Verbündete – hätten «beispiellosen Druck» auf andere Länder ausgeübt, um dafür Zustimmung zu bekommen, erklärte Russlands Ständiger Vertreter bei der OPCW Alexander Schulgin nach der Sitzung:

«Unsere westlichen Partner haben offensichtlich nicht nach den Regeln gespielt. (...) Die Diplomaten der Länder, die Grossbritannien unterstützten, kamen massenhaft in die Aussenministerien verschiedener Länder und übten Druck aus. Uns sind sogar Fälle bekannt, bei denen unsere nächsten Verbündeten unverhohlen erpresst wurden.»

Die westlichen Staaten und Medien jubelten. Von einer ‹grossartigen Nachricht›, sprach der britische Aussenminister Boris Johnson. Sein deutscher Amtskollege Heiko Maas erklärte, man habe das Chemiewaffen-Überkommen und die OPCW gestärkt: ‹Wer Chemiewaffen einsetzt, muss identifiziert und dafür zur Rechenschaft gezogen werden›, so Maas. Der Prozess sei nicht leicht gewesen, aber ‹das Ergebnis zeigt: Es lohnt sich für den Erhalt internationaler Regeln zu kämpfen.›

Ob Maas mit den ‹internationalen Regeln› das Völkerrecht meint, ist unklar. Denn das wurde in Syrien seit 2011 – auch von Deutschland – unzählige Male verletzt. Der deutsche Aussenminister vertritt offensichtlich die Ansicht, dass ‹internationale Regeln› von denen bestimmt werden, die eine Mehrheit mobilisieren können.

### Machtkampf zwischen dem Westen und Russland auf UNO-Ebene

Bei der Entscheidung um Mandat und Auftrag der OPCW handelt es sich um einen politischen Machtkampf über die Deutungshoheit dessen, was im Krieg in Syrien geschieht. Es ist ein Kampf zwischen dem westlichen Lager um Grossbritannien, USA, Frankreich, Deutschland, Kanada, Australien, Israel mit der US-geführten ‹Anti-IS-Koalition› auf der einen und Russland, Syrien, Iran und anderen Verbündeten auf der anderen Seite. Das westliche Lager (‹Freunde Syriens›) unterstützte seit 2011 den bewaffneten Aufstand gegen die syrische Regierung von Bashar al Assad. Ihr Ziel war, Bashar al Assad zu stürzen, um den angeblichen Einfluss des Iran einzudämmen. Dafür unterstützte man sogar die Entstehung des ‹Islamischen Staates› (Anm. Islamistischen Staates), wie ein Bericht des Pentagon-Geheimdienstes DIA (Defense Intelligence Agency) im August 2012 feststellte.

Russland und Iran, die auf Wunsch der syrischen Regierung dem Land militärisch helfen, agieren auf Basis des Völkerrechts als Verbündete.

Das westliche Lager dagegen hat weder die Zustimmung Syriens noch die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates für seine militärische Intervention in Syrien (Anti-IS-Koalition). Die Lieferung von Waffen und die Förderung von Kämpfern über die Grenze nach Syrien hinein ist ein klarer Bruch internationalen Rechts. Dasselbe gilt für mehr als 15 US-Militärbasen in Syrien, die auch von westlichen Partnern der USA (Grossbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland – Berlin dementiert –, Norwegen, Belgien, Holland, Polen) genutzt werden.

Auch die gezielte Ausgrenzung und Denunzierung der offiziellen Regierung Syriens aus Diskussionen und Entscheidungen – nicht zuletzt durch die einseitigen EU-Strafmassnahmen/Sanktionen – verstossen gegen die UNO-Charta aus dem Jahr 1945.

Dort heisst es in Kapitel 1, Artikel 2, Absatz 3:

*«Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.»*

Und Absatz 4:

*«Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.»*

Syrien hat in dem nun sieben Jahre währenden Krieg nicht einmal eines der Nachbarländer angegriffen.

Rubikon veröffentlichte im März dieses Jahres Auszüge aus dem internen Protokoll eines Treffens der ‹Kleinen Syriengruppe› am 11. Januar 2018, das von einem Diplomaten der britischen Botschaft in Washington verfasst worden war. Aus diesem Dokument, über das ursprünglich die libanesische Tageszeitung ‹Al Akhbar› berichtet hatte, geht zweifelsohne hervor, dass die versammelte ‹Kleine Syriengruppe› Russland dabei ‹torpedieren› will, ‹allein über die Zukunft des politischen Regimes in Syrien› zu bestimmen, wie es bei der Sotschi-Konferenz Ende Januar 2018 skizziert worden war. Alle unterstrichen die Notwendigkeit, weitere praktische Massnahmen gegen das ‹Vorgehen Russlands für eine politische Lösung zu ergreifen›, steht im Protokoll. Um den US-amerikanischen Teilungsplan für Syrien umzusetzen, müssten die Vereinten Nationen ‹eine zentrale Rolle› spielen, heisst es weiter und abschliessend merkt der britische Protokollant an:

*«Wir haben jetzt einen festen Plan für die nächsten drei Wochen. Allerdings wurde wenig darüber diskutiert, wie wir den Druck auf Russland aufrechterhalten oder nötigenfalls erhöhen können, wenn es sich weigern sollte, unsere Forderungen gegenüber dem Regime umzusetzen. An dieser Front sollten wir damit weitermachen, was wir bereits tun – die schlimme humanitäre Situation und die russische Komplizenschaft bei den Luftangriffen gegen zivile Ziele anprangern.»*

### Von Medien und Menschenrechtlern

Die Schlacht um Syrien auf UNO-Ebene findet im UN-Sicherheitsrat statt, bei den Genfer Syrien-Gesprächen und auch im Rahmen der OPCW. Russland soll in den UNO-Gremien und Organisationen isoliert und unter Druck gesetzt werden, solange «es sich weigern sollte, unsere Forderungen gegenüber dem Regime umzusetzen», wie es der britische Diplomat in seinem Protokoll der «Kleinen Syriengruppe» festhielt. Begleitet wird dieser Kampf von einem beispiellosen Medienkrieg und den Einlassungen privater Hilfsorganisationen.

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass oppositionelle Gruppen, Aktivisten und die mit ihnen kooperierenden «Weisshelme» zeitnah zu wichtigen UNO-Treffen grauenhaftes Geschehen aus Syrien verbreiten und immer Russland und Syrien verantwortlich machen. Dass westliche Hilfsorganisationen zeitnah zu eben solchen Treffen, kampagnenartig über Folter, Angriffe auf Krankenhäuser und medizinisches Personal, Angriffe mit Giftgas berichten und immer Russland und Syrien verantwortlich machen.

Assistiert wird den Menschenrechtlern von Medien, die deren Berichte unmittelbar aufgreifen und verbreiten und ebenfalls immer Russland und Syrien verantwortlich machen. Dabei zitieren sie sich oft gegenseitig, verweisen auf anonyme «Aktivisten» und liefern verwackelte Videobilder, deren Inhalt sie interpretieren.

Anderslautende Stellungnahmen und Erklärungen – insbesondere beim Vorwurf von Giftgasangriffen – werden ignoriert, nicht verbreitet oder als russische und syrische Propaganda eingestuft. Während die oppositionelle Seite die «Wahrheit» verbreitet, hört man von Russland und Syrien nur «Lügen». Zwei Mal – am 14. April 2017 und am 14. April 2018 – griffen die USA, Frankreich und Grossbritannien Syrien auf Grundlage solcher Behauptungen an.

Die deutsche Hilfsorganisation «medico international» (Frankfurt) verbreitete einen Tag vor der anfangs beschriebenen OPCW-Sitzung (Den Haag, 26. Juni 2018) ein Video der britischen Organisation «Forensic Architecture». Der «medico»-Artikel mit dem Titel «Doch Giftgas. Forensic Architecture weist schlüssig nach, dass die Assad-Truppen am 7. April dieses Jahres in Douma Giftgas eingesetzt haben» fand weite Verbreitung über die Verteiler von «medico international» und – dank des Engagements eines attac-Mitglieds – der Organisation attac – Globalisierung und Krieg.

«Forensic Architecture» ist nach eigenen Angaben eine in London ansässige «unabhängige Forschungsagentur am Goldsmiths College für bildende Kunst», das zur Universität von London gehört. Das «fachübergreifende Team von Ermittlern umfasst Architekten, Forscher, Künstler, Filmemacher, Software-Entwickler, investigative Journalisten, Archäologen, Anwälte und Wissenschaftler», heisst es weiter.

Man arbeite ehrenamtlich und präsentiere die «Beweise in politischen und juristischen Foren, Wahrheitskommissionen, Gerichten und Menschenrechtsberichten». Gleichzeitig arbeite man an «historischen und theoretischen Untersuchungen über die Geschichte und den aktuellen Stand forensischer Praktiken, indem man öffentliche Wahrheiten deutlich ausspricht». Finanziert wird die Gruppe u.a. vom Europäischen Forschungsrat mit EU-Geldern und von privaten Stiftungen.

In den Videodarstellungen der Gruppe sind neben anderen Themen eine Vielzahl von Ereignissen in Syrien erklärt, die international für Schlagzeilen sorgten: Giftgasangriff Khan Sheikhun (4. April 2017), Angriff auf das Krankenhaus der Ärzte ohne Grenzen in Idlib (15. Februar 2016), Angriff auf das «M2»-Krankenhaus in Ost-Aleppo (Juni bis Dezember 2016), Sednaya-Gefängnis und anderes mehr. Auch der Angriff einer US-Drohne auf die Al Jinah-Moschee (16. März 2017) wird visuell rekonstruiert.

Mit computergestützten Animationen werden Häuser und Gegenden rekonstruiert und nachgestellt, um Bilder, die über Twitter oder im Internet von privaten Augenzeugen verbreitet und kommentiert werden, zusammenzufügen. Eine neue Art Design-Wahrheit, eine per Computer «gestaltete Erklärung» von Angriffen und Ereignissen, die nach herkömmlichen juristischen Massstäben noch nicht verarbeitet wurden. Das aktuelle, auch von «medico international» (Frankfurt) verbreitete Video der Gruppe befasst sich mit einem tatsächlichen oder angeblichen Giftgasangriff in Duma am 7. April 2018. Der rund 11 Minuten lange Film hat eine klare Botschaft: «Wie Bashar al Assad sein eigenes Volk vergast hat», so der Titel. Eine visualisierte Untersuchung, verbreitet und vermutlich auch mitfinanziert von der «New York Times».

Es empfiehlt sich, das Video anzusehen, um zu verstehen, wie «Forensic Architecture» arbeitet. Die Autoren halten sich an vier der fünf «W-Fragen» für Journalisten: Wo, wer, wann, was wird unter Bezugnahme auf ausgewählte Quellen beantwortet. Nicht beantwortet wird die fünfte «W-Frage», nämlich «warum» die syrische Armee einen solchen Angriff vorgenommen haben sollte. Tatsächlich gab es zu dem Zeitpunkt seit Tagen eine Vereinbarung zwischen der Armee des Islam, der führenden Kampfgruppe in Duma und der Regierung. Vermittelt durch das russische Zentrum für die Versöhnung der verfeindeten Seiten in Syrien (Hmeimin).

Die Autorin war damals selber in der östlichen Ghuta und hatte den Abzug von Kämpfern und ihren Angehörigen ebenso beobachtet, wie die Flucht von Tausenden Einwohnern, die in provisorischen Lagern untergebracht



wurden. Es herrschte Waffenstillstand, bis plötzlich – am Nachmittag des 6. April, die Autorin war auf dem Rückweg von Arbin nach Damaskus – die Kämpfer der Armee des Islam erneut mit Raketen das 10 km entfernte Damaskus beschossen.

Man vermutete einen Streit unter verschiedenen Fraktionen der Armee des Islamischen Staates (Anm. Islamistischen Staates). Die syrische Armee reagierte, zwei Tage wurde gekämpft, Menschen auf beiden Seiten starben. Am 8. April willigten die Kämpfer der Armee des Islam in Duma erneut in einen Waffenstillstand ein und zogen schliesslich ab.

In dieser Zeit, am 7. April, soll sich der Angriff mit chemischen Waffen auf Duma ereignet haben. Doch warum? Die syrische Armee hatte bereits gewonnen. Diese Frage wird von «Forensic Architecture» nicht aufgegriffen. Die Quellen, die im Abspann des Videos genannt werden, sind – bis auf eine Ausnahme – wenige UN-Organisationen und Quellen der Opposition oder von Instituten und Medien, die der Opposition nahestehen. Die Ausnahme betrifft Aufnahmen eines russischen Senders, der den tatsächlichen oder angeblichen Tatort besuchte und die Angaben der Opposition, wonach 34 Personen dort durch Chlorgas getötet worden sein sollen, nicht bestätigen konnte. Dazu heisst es im Video: «Russische Medien verbreiteten ihre eigene entstellte Version der Ereignisse.»

Die russische Darstellung wird unglaublich gemacht, was im Kontext mit dem gestellten Ziel des Videos nicht verwundert. Die Untersuchungen der OPCW-Inspektoren, die am 21. und am 25. April 2018 zwei verschiedene Orte in Duma besuchten und Proben nahmen, werden nicht erwähnt.

Die Aussagen von anderen Journalisten, die ebenfalls in Duma waren und mit Augenzeugen sprachen, kommen ebensowenig zur Sprache wie die Aussagen von Einwohnern aus Duma (Den Haag, 26. April 2018), die in einem von den «Weisshelmen» verbreiteten Video als angebliche Opfer zu sehen sind, selbst aber einen Chemiegasangriff dementierten.

Das Video der «Forensic Architecture» ist eine einseitige Darstellung darüber, was in Duma am 7. April 2018 stattgefunden haben soll, und es hat eine klare Botschaft: «Doch Giftgas» in Duma und der syrische Präsident Bashar al Assad, die syrische Armee und Russland sind verantwortlich.

Nach herkömmlichen Standards ist das vielleicht ein Vorwurf, auf keinen Fall aber eine juristische Anklage und schon gar kein Beweis. Eine Untersuchung der zuständigen Organisation für das Verbot von Chemiewaffen (OPCW) hat stattgefunden, die Ergebnisse sind noch nicht bekannt. Um vor einem Gericht verhandelt zu werden, wären weitere Zeugenaussagen, Einlassungen der syrischen Seite, Ergebnisse der russischen Untersuchung, Aussagen von Fachleuten usw. erforderlich.

Doch darum geht es den Menschenrechtlern und Medien nicht, die solche Design-Videos erstellen und verbreiten. Es geht nicht um «öffentliche Wahrheit», es geht nicht einmal um Recht und/oder Unrecht.

Es geht um die Beeinflussung der Öffentlichkeit.

*Karin Leukefeld, Jahrgang 1954, studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften und ist ausgebildete Buchhändlerin. Sie engagierte sich für die Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit unter anderem beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Die Grünen (Bundespartei) sowie der Informationsstelle El Salvador. Seit dem Jahr 2000 ist sie als freie Korrespondentin im Mittleren Osten tätig und seit 2010 in Damaskus akkreditiert.*

Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/die-zerstörung-des-volkerrechts>



Sputnik; 20:47 30.06.2018; von Marcel Joppa

Nahe der Kleinstadt Ramstein-Miesenbach bei Kaiserslautern haben sich am Samstag Szenen abgespielt, die es wohl wieder einmal nicht in die Mainstream-Medien schaffen werden und die dennoch grosse Symbolkraft besitzen: Hunderte Demonstranten, Senioren, Kinder, Politiker, sie gingen auf die Strasse, um vor der US-Basis Ramstein ein Zeichen zu setzen.

Wenn sich ein rund 80-jähriges Ehepaar bei hochsommerlichen Temperaturen auf den heissen Asphalt setzt, um dort der Polizei die Stirn zu bieten, dann muss diese beiden Menschen wirklich etwas bewegen. Was sie fühlen, das teilen an diesem Tag hunderte Menschen mit ihnen: Wut auf die US-Kriegspolitik und Wut, dass die USA von deutschem Boden auf der ganzen Welt mörderische Militäreinsätze steuern.

### Wagenknecht, Drewermann und die Masse

Organisiert von der Initiative «Stopp Air Base Ramstein» haben Menschen aus allen Teilen Deutschlands an diesem Samstag den Weg vor die Tore der US-Militärbasis gefunden. Und dieser Tag ist ein ganz besonderes Datum: Genau vor 30 Jahren kamen auf diesem Gelände bei einer militärischen Flugshow über 70 Menschen ums Leben, Tausende wurden bei dem Unfall verletzt. Drei Militärjets stürzten damals nach einer Kollision in der Luft ab, eine brennende Maschine rutschte ins Publikum.

Jetzt, genau 30 Jahre später, wollten Anwohner, Aktivisten und US-Gegner erneut ein Zeichen setzen: Direkt vor dem Haupteingang der Militärbasis versammelte sich eine Massen-Kundgebung mit prominenten Rednern. Eine von ihnen: Die Fraktionschefin der Linken im Bundestag, Sahra Wagenknecht. Vor applaudierender Menge erklärte sie:

*«Ich möchte noch einmal auf den Drohnenkrieg aufmerksam machen, der ja kaum in der grossen Presse stattfindet, der aber unverändert geführt wird. Es werden Tötungen per Knopfdruck angeordnet. Das ist ein unglaubliches Verbrechen! Und das dürfte von hier und von deutschem Boden aus in keiner Weise unterstützt werden!»*

Laut Wagenknecht sei auch die Zerstörung des Irak und von Afghanistan zu einem Teil von der US-Militärbasis Ramstein aus gesteuert worden. Es dürfe in Deutschland keine Region geben, wo das Grundgesetz nicht gelte. Und laut Grundgesetz seien weder völkerrechtswidrige Angriffskriege noch exterritoriale Tötungen per Drohnen erlaubt:

*«Das, was hier stattfindet, ist eigentlich ein Fall für den Verfassungsschutz, wenn er denn mal seine Aufgaben wahrnehmen würde! Es gibt über tausend US-Militärbasen weltweit, und es gibt sie nicht, um in diesen jeweiligen Ländern für Sicherheit zu sorgen.»*

Deshalb, so Wagenknecht, sei es besonders schlimm, wenn Angela Merkel den USA permanent hinterherlaufen und sich der US-Politik unterwerfen würde. Die Linkepolitikerin forderte deshalb – unterstützt von tosendem Applaus – eine eigenständige Politik Deutschlands.

### Alte Fehler bereinigen

Nach Wagenknecht betritt schliesslich der Autor und Psychoanalytiker Eugen Drewermann die Bühne. Trotz seiner nunmehr 78 Jahren war es dem gelernten Theologen wichtig, an diesem heissen Sommertag zu dem Menschen zu sprechen. Die USA hätten seit 2001 sieben islamische Staaten bombardiert. Doch das alles spiele keine Rolle in der Politik und in den Zeitungen:

*«Wir sind aber mit involviert, wir sind mitschuldig. Wir müssen von dieser Politik endlich Abschied nehmen. Wir Deutsche hätten allen Grund, mit Macht auf die Bremse zu treten und alte Fehler zu bereinigen.*

*Stattdessen werde von der NATO immer das Bild vom Feind in Moskau gezeichnet. Dabei hätten die USA weltweit tausend Militärbasen, Russland weniger als eine Hand voll.*

### Die Wut ist gross

Während Drewermann zum Publikum spricht, teilt sich das Publikum und zahlreiche Menschen bewegen sich zur direkten Zufahrt der Militärbasis Ramstein. Dort lassen sich dutzende Männer, Frauen, Kinder und Senioren in der Sonne auf dem Boden nieder, um eine Blockade des Geländes zu starten. Die Polizei, die zahlreich vor Ort vertreten ist, schaut sich das friedliche Treiben zunächst mit Rückhaltung an.

Schliesslich dröhnt es aus einem Polizeilautsprecher, die Sitzblockade werde in zwanzig Minuten von den Beamten aufgelöst. Wer dann noch Widerstand leiste, werde weggetragen und festgenommen. Ein Organisator der Kundgebung spricht deeskalierend auf die Sitzenden ein. Passanten verteilen Wasserflaschen. Es ertönen Lieder und Sprechchöre:

*«Hoch die internationale Solidarität»*

*«Wofür tun wir das? Für unsere Kinder!»*

Nach einer knappen halben Stunde will sich die Polizei die Blockade nicht länger anschauen. Während viele vor

allem junge Aktivisten freiwillig aufstehen und die Strasse freimachen, so sind es einige vor allem ältere Demonstranten, die sich von den Beamten nicht einschüchtern lassen. Während einige von ihnen dann tatsächlich festgenommen werden – unter ihnen zwei US-amerikanische Senioren – redet die Polizei heftig auf mehrere Rentner ein, bevor diese schliesslich weggetragen werden.

Wenige Meter entfernt diskutiert die Polizei mit einem über 80-jährigen Ehepaar, das ebenfalls nicht aufstehen will. Hier lassen sich die beiden – von der Hitze gezeichnet – schliesslich zum Aufgeben überreden.

### Die Menge applaudiert den Sitzenbleibern

In den grossen deutschen Medien wird man von diesem Tag sehr wahrscheinlich wenig hören: Kurz blitzte ein SWR-Mikrofon in der Menge auf, doch der Mainstream meidet solche Veranstaltungen in der Regel lieber. Während die Kollegen von RT, Weltnetz-TV oder den Nachdenkseiten das Geschehen fleissig dokumentierten, ist vielen Journalisten dieses Thema zu «unbequem» oder es wird als «Spinnerei einiger Weniger» abgetan.

### Das Fazit:

Laut Organisatoren waren am Samstag rund 2500 Menschen trotz massiv hoher Temperaturen auf der Strasse, um auf eine für sie himmelschreiende Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen: Die deutsche Unterstützung einer illegal mordenden US-Militärbasis mitten im Herzen ihres Landes. Für sie und viele andere Menschen ist das keine Spinnerei, es ist die Realität. Darauf aufmerksam zu machen, dafür war dieser Samstag ein wichtiger Tag.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20180630321376958-blockade-der-us-air-base-ramstein/>

## Warum der Tiefe Staat Putin hasst

Chris Kanthan; Sott.net; Fr, 18 Mai 2018 11:12 UTC



Heutzutage ist die Russophobie in Amerika so stark ausgeprägt wie zum Höhepunkt des Kalten Krieges, wo verängstigte Schulkinder Schutzübungen für den Fall eines Atombombenangriffs durchführen mussten, indem sie unter Tischen Schutz suchten und die Öffentlichkeit vom Bau von Luftschutzbunkern besessen war. **Allerdings verschleiert diese Dramatik den eigentlichen Konflikt: Den geopolitischen Machtkampf für die Weltherrschaft, bei dem Hunderte Milliarden Dollar eingesetzt werden und in dem die gewaltigen Egos von skrupellosen Eliten und Nationen involviert sind, die von Erinnerungen aus der Vergangenheit und Visionen für die Zukunft angetrieben werden.**

Von einer grösseren Perspektive aus betrachtet sieht das Bild folgendermassen aus: Es ist ein geopolitischer Kampf der USA und der EU gegen Russland und China. Die USA und die EU werden von denselben Oberherren der Banken- und Militärindustrie regiert und kontrolliert, während Russland und China – zwei unabhängige Staaten – aus der Notwendigkeit heraus eine Allianz geschmiedet haben. Warum? Wenn Russland fällt, wird China das nächste Land sein.

**Ist der Bär erledigt, kann man auch den Drachen besiegen, und somit ist die Weltherrschaft gesichert.**

Das ist jedoch nicht das Ende der Geschichte: Die Globalisten haben den Bären im Jahr 1991 in die Falle gelockt, als die UdSSR kollabierte. **Allerdings sperrten sie den Bären ein, hungerten ihn aus, quälten und demütigten ihn für die nächsten acht Jahre, anstatt sich mit ihm anzufreunden. Somit begann der Bär zurückzuschlagen und den Käfig zu zerlegen.**

### Verrat in den 1990er Jahren

In Russland ereignete sich in den 1990er Jahren der grösste Raubzug dieses Jahrhunderts und die Übeltäter waren Rechtsverdreher in der Wall Street, welche die Wunder des Kapitalismus versprachen, aber stattdessen das gesamte Land demontierten. Im Namen der Privatisierung wurde Russland für den Ausverkauf freigegeben.

Eine Handvoll russischer Oligarchen, die von den USA sorgfältig ausgewählt worden waren, erlangten daraufhin Vermögenswerte von mehreren hundert Milliarden Dollar. Als «Entschädigung» erhielt jeder russische Bürger einen «Anteil» im Wert von 7 US-Dollar. Die US-Steuerzahler subventionierten diese abscheuliche Gaunerei auch noch.

Unter dieser Schock-Therapie, die dem Land durch den amerikanischen Geier-Kapitalisten verabreicht wurde, fiel das russische Bruttoinlandsprodukt um 40%. Das Land wurde vom IWF und der Weltbank mit vernichtenden Schulden belegt und die Armut sowie die Selbstmordrate schossen in die Höhe.



In Russland wurde das Militär dezimiert, demoralisiert, und es musste schwere Niederlagen gegenüber islamischen (Anm. islamistischen) Terroristen in Tschetschenien und Dagestan einstecken. Übrigens handelte es sich bei diesen Terroristen um dieselben Mudschaheddin aus Afghanistan, die noch immer durch Saudi-Arabien finanziert und durch die Amerikaner bewaffnet wurden.

Die meisten russischen Politiker, einschliesslich Präsident Jelzin, waren von Washington gekauft und kontrolliert – wie Bill Clinton bei Tony Blair geprahlt hat.

### Putins Imperium

Unter diesen schrecklichen Verhältnissen wurde Putin am 31. Dezember 1999 zum amtierenden Präsidenten ernannt. Über die folgenden Jahre nahm er sich des Problems der mächtigen Oligarchen, korrupten Politiker und Eliten an, die die fünfte Kolonne bildeten. Putin kamen die steigenden Ölpreise zugute, aber er verwendete den neuen Reichtum weise. Er kultivierte die russische Ökonomie, häufte Goldreserven sowie Fremd-Devisenreserven an und reduzierte die Staatsschulden signifikant.

1. Zwischen 1999 und 2014 wuchs das BIP Russlands um das 10-fache und das Land stieg auf der Weltrangliste von Platz 22 auf Platz 8.
2. Russlands Schuldenstandsquote zum BIP fiel von 100% im Jahr 1999 auf 17% im Jahr 2016.
3. Die Fremdwährungsreserven stiegen von nahezu Null auf die sechstgrössten weltweit.
4. Die Goldreserven wuchsen auf die fünfgrößten in der Welt an.

Putin gründete RT – Russlands eigenen globalen Nachrichtensender, verbannte GVO-Produkte (genmanipulierte Produkte), verwandelte Russland in den Weizenexporteur Nummer 1, schmiss George Soros aus dem Land und bekämpfte den Kulturmarxismus. Er liess über 15 000 Kirchen errichten, ermutigte Familien, mehr Kinder zu haben und verbannte Schwulen-/Transgender-Propaganda für Kinder.



Zu guter Letzt baute Putin das russische Militär wieder auf, vernichtete die islamischen (Anm. islamistischen) Terroristen in Tschetschenien und obsiegte gegenüber einer mächtigen Koalition der USA, England, Frankreich, Türkei, Saudi-Arabien, Katar und bis zu 250 000 Jihadisten in einer völligen geopolitischen Überraschung, die sich in Syrien zugetragen hat. Anstatt sich auf einen Rüstungswettlauf einzulassen hat Putin ausserdem Überschallraketen entwickelt, welche die frühere Fähigkeit der US-Verteidigungssysteme sowie Flugzeugträger, andere Nationen ohne Befürchtung von Konsequenzen anzugreifen, obsolet machten.

Die diplomatischen Fähigkeiten Putins erwiesen sich ebenfalls als aussergewöhnlich. Nach den US-Sanktionen von 2014 und den steil abfallenden Ölpreisen haben beinahe alle Experten und Politiker die Isolation Putins

und den Untergang der russischen Ökonomie prognostiziert. Allerdings haben die Führer der Welt weiterhin mit Putin zusammengearbeitet.



Anders ausgedrückt hat Putin Russland wieder zu einer grossen und starken Nation gemacht. Deshalb liegt sein Beliebtheitsgrad immer noch bei über 80%, und somit hat er die Wahlen in diesem Jahr wieder mit Leichtigkeit gewonnen.

### Russland unter Beschuss

Doch verbuchten die Globalisten auch ihre eigenen Siege. In den Jahren 2003–2004 wurden die pro-russischen Regierungen in Georgien und in der Ukraine durch George Soros Farbrevolutionen gestürzt. Im Jahr 2014 inszenierten die USA einen gewaltsamen Putsch in der Ukraine, stürzten den demokratisch gewählten Präsidenten und ersetzten ihn mit einem nicht gewählten Milliardär sowie einer Clique von Neonazis.

Die Ukraine ist seit Jahrzehnten ein Angriffsziel der CIA. Wie Brzezinski in seinem Buch *«The Grand Chessboard»* geschrieben hat, wird Russland ohne Zugang zur Krim-Halbinsel und dem Schwarzen Meer paralysiert sein – dem einzigen Weg Russlands zum Mittelmeer. Nachdem Putin die Gefahr unmittelbar nach dem Putsch im Jahr 2013 erkannt hatte, liess er schnell ein Referendum auf der Krim abhalten und löste somit das Problem. Ein weiterer Bereich, wo man Russland hinterhältig in den Rücken gefallen war, ist die NATO-Erweiterung. Ganz im Gegenteil zu den Versprechungen, die man während der Auflösung der UdSSR gemacht hatte, hat die NATO 13 neue Länder in das Bündnis aufgenommen, die allesamt potentiell imperiale Erweiterungen als *«Gastgeber»* für US/NATO Militärbasen darstellen. Viele dieser Länder sind jetzt ein Teil des Raketenabwehrsystems. Das bedeutet, dass die USA einen nuklearen Erstschlag gegen Russland durchführen könnte und dann – theoretisch – die Raketen, die Russland als Antwort abfeuert, ebenfalls abschiessen kann. Diese gesamte Situation ist extrem brisant und gefährlich – Russland besitzt 6800 Nuklearwaffen.

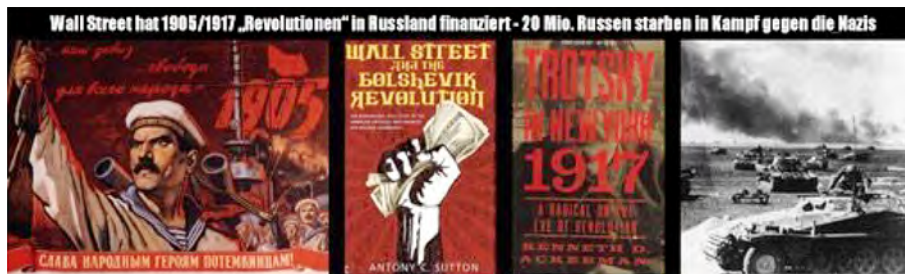
**Dieses ganze Schikanieren und Tyrannisieren ist schlichtweg ein Symptom für die verletzten Egos der Globalisten, die in ihren Bemühungen gescheitert sind, Russland endgültig zu erobern.** Tatsächlich haben sie es in den letzten 200 Jahren mindestens acht Mal versucht – 1812, 1856, 1905, beim Ersten Weltkrieg, beim Zweiten Weltkrieg, im Kalten Krieg, während der Machtübernahme der Wallstreet in Russland in den 1990er Jahren sowie im gegenwärtigen neuen Kalten Krieg.

### Die Rothschilds, der Bolschewismus und Hitler

1812 marschierte Napoleon, finanziert durch die Rothschilds, in Russland ein. **1856 attackierten Grossbritannien und Frankreich die Krim und übernahmen die Macht auf der Halbinsel aus demselben Grund, aus dem die USA 2013 einen Putsch in der Ukraine durchführten.**

1905 finanzierten kriminelle Bankiers der Wallstreet – darunter Jacob Schiff und andere – das Land Japan, um Russland anzugreifen. Inmitten des Krieges versuchten diese Bankster, eine Revolution anzufachen, um den Zaren zu stürzen. Der Mann, der diese Revolution anführte, war Leo Trotzki. 1905 scheiterte er mit seinem Versuch und flüchtete aus Russland, kam aber 1917 zurück und versuchte mit den gleichen Methoden, anstatt Japan, dieses Mal Deutschland zu manipulieren und zu destabilisieren.

Vor dem Ersten Weltkrieg beschafften sich Trotzki und Lenin Millionen an Dollar von kriminellen internationalen Bankiers. Trotzki besuchte New York und erhielt einen amerikanischen Ausweis, damit er sich wieder nach Russland einschleichen konnte. Vor Geld von den Kapitalisten überquellend, töteten die Kommunisten (Bolschewiken) den Zaren während des Ersten Weltkrieges und unterzeichneten blitzschnell einen Friedensvertrag mit Deutschland. Dankeschön!



Folglich war das sowjetische Imperium des Bösen eine Erfindung Amerikas und Europas – eine Tatsache, die aus den westlichen Geschichtsbüchern getilgt ist. Die Sowjetunion war das Resultat eines Bürgerkrieges, der von ausländischen Mächten geschürt worden war – ein Bürgerkrieg, bei dem die Bösewichte gewannen. Der Bolschewismus war ein Virus aus dem Ausland, der in die russische Nation eindrang, mehrere zehn Millionen Russen umbrachte und dabei das Christentum zu zerstören versuchte – der Glaube, der in Russland seit über 1000 Jahren die Hauptreligion darstellte. Allerdings werden Amerikaner dazu erzogen, nur an die Sowjetunion zu denken, wenn sie über Russland und «die Russen» nachdenken.

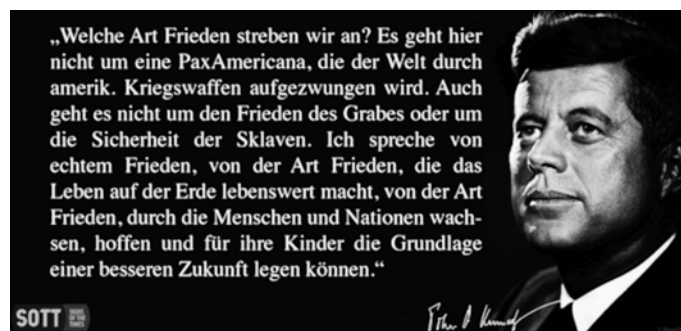
Spulen wir jetzt jedoch zum Zweiten Weltkrieg vor. Auch hier war es wieder Europa (Deutschland), das Russland angegriffen hat. 20 Millionen Russen starben beim Kampf gegen die Nazis. Allein in der Stadt Leningrad kamen 2 Millionen ums Leben. Russland kämpfte vier Jahre gegen die Nazis und vernichtete dabei 70% von Hitlers Armee. Allerdings kam Amerika erst sehr spät ins Spiel, als das Kriegsende bereits absehbar war (1944) und heimste dann all das Lob und die Anerkennung für «das Besiegen der Nazis» ein.

### Der Weg in die Zukunft

Wenn man sich über all das bewusst wird, würde eine ehrliche Person Russland nicht als Feind des Westens darstellen. Russland wird nur dann ein Feind sein, wenn wir weiterhin Unterwürfigkeit von dieser Nation einfordern. Russland und China sind fest entschlossen, ihre Souveränität zu wahren. Sie versuchen ausserdem, sich aus dem Petrodollar-System zu befreien – ein System, das es den Amerikanern ermöglicht, ohne Konsequenzen Billionen von Dollars zu leihen.

Globale Konflikte und Kriege sind für den militärisch-industriellen Komplex äusserst suchterzeugend – ein Komplex, der 800 Militärbasen auf der ganzen Welt besitzt, ein Budget von 700 Milliarden US-Dollar pro Jahr verfügbar hat und einen jährlichen Waffenexport im Gesamtwert von 35 Milliarden US-Dollar verzeichnen kann. Kriege bedeuten auch enorme Schulden für Nationen, was wiederum genau das ist, was die kriminellen internationalen Bankiers/Bankster wollen. Globale Konzerne werden von einer unipolaren Welt angezogen, weil diese Welt ihnen Monopole, billige Arbeitskräfte und Rohstoffe sowie Zugang zu Kunden garantiert. Sozialingenieure verlassen sich auf die monumentalen Mainstream- bzw. Konzernmedien, um weltweit die gleiche Propaganda auszustrahlen. Wird der Zusammenfluss dieser Kräfte sich weiterhin weigern, eine multipolare Welt zu akzeptieren? Werden sie uns in verheerende Kriege drängen – möglicherweise sogar in einen nuklearen Krieg?

Erinnern wir uns an die «Friedensrede» von JFK im Jahr 1963:



**Chris Kanthan**

Chris Kanthan is the author of a new book «Deconstructing the Syrian war». Chris lives in the San Francisco Bay Area, has traveled to 35 countries, and writes about world affairs, politics, economy and health. His other book is «Deconstructing Monsanto». Follow him on Twitter: @GMOChannel

Quelle: <https://de.sott.net/article/32511-Warum-der-Tiefe-Staat-Putin-hasst>

## Das Monster aus dem Deep State Sumpf sagt, dass es keinen Tiefen Staat gibt

von Caitlin Johnstone, 24.05.2018



Der Aussenminister und vormalige CIA-Direktor Mike Pompeo sagte heute während einer Anhörung im Auswärtigen Ausschuss des Kongresses, dass er nicht glaube, dass es in der CIA, im Aussenministerium oder im Justizministerium einen Tiefen Staat gebe. Das ist genauso wie wenn ein Mafiaboss sagen würde, er glaube nicht an organisiertes Verbrechen in der Mafia.

Der kalifornische Abgeordnete Ted Lieu, selbst ein glühender Russiagater und aggressiver Verfechter der US-Geheimdienstgemeinde, fragte Pompeo, ob er glaube, dass es im Aussenministerium einen «Kriminellen Tiefen Staat» gebe. Dabei bezog er sich auf einen Tweet des amerikanischen Reality-TV Präsidenten.

«Ich habe die Bemerkungen des Präsidenten nicht gesehen. Ich glaube nicht, dass es im Aussenministerium einen Tiefen Staat gibt», sagte Pompeo.

«Sie haben zuvor als CIA-Direktor gedient», sagte Lieu weiter. «Glauben Sie, dass ihre Kollegen in der CIA Teil des Kriminellen Tiefen Staats sind?»

«Wissen Sie, dieser Begriff «Tiefer Staat» hat die Runde gemacht – ich sage dazu, dass die Angestellten, die für mich bei der CIA gearbeitet haben, nahezu einmütig das Ziel hatten, die Vorgaben des Präsidenten und die Vorgaben Amerikas einzulösen», antwortete Pompeo.

«Und ist das auch ihre Erfahrung, wenn Sie mit Kollegen im FBI und dem Justizministerium kommunizieren?» fragte Lieu.

«Äh, ja», antwortete Pompeo.

Es war, als würde man einem zweihändigen Puppentheater über zwei Sumpffmonster zusehen, die rabiat darin übereinstimmen, dass es keinen Sumpf gibt.

Das ist übrigens derselbe Mike Pompeo, der versprochen hat, die verkommene, lügende, folternde, propagierende, mit Drogen handelnde, Umstürze durchführende und kriegstreiberische CIA «zu einer viel bösseren Agentur» zu machen. Derselbe Mike Pompeo, der erst vor kurzem vor einem von Plutokraten finanzierten Denkpanzer stand und eine effektive Regimewechsel-Politik gegen den Iran verkündete. Dabei nannte er die Menschenrechtsverletzungen der Regierung und ignorierte dabei die Menschenrechtsverletzungen der saudischen Royals, die am gleichen Tag Schlagzeilen machten.

Ich verwende den Begriff «Tiefer Staat» kaum noch. Eine Zeitlang war es ein vernünftiger Begriff, den man in kleineren, gut informierten Kreisen verwenden konnte, um damit auf die nicht gewählten Machtstrukturen hinzuweisen, die in Amerika unabhängig von den wechselnden Gezeiten der offiziell gewählten Regierung bestehen bleiben. Aber seit er zu einem Allerweltsbegriff geworden ist, wurde er von den parteiischen Schmierfinken bedeutungslos gemacht.

Die Republikaner, die letzte Woche die Folterei der CIA verteidigt haben, als «Bloody Gina» Haspel das alte Amt von Pompeo übernahm, sie bestehen darauf, dass Präsident Trump «gegen den Tiefen Staat» kämpft, wegen des zwielichtigen Verhaltens der Geheimdienstgemeinde vor zwei Jahren. Eben jener Trump, der für genau diese Geheimdienstgemeinde nie dagewesene Schwarze Haushalte genehmigt hat. Eben jener Trump, der lang bestehende Pläne des Tiefen Staats gegen Syrien, den Iran und Russland vorangetrieben hat, der gleiche Präsident Trump, der das Überwachungsprogramm von Bush und Obama fortgesetzt hat, die Undurchsichtigkeit der Regierung und die Verfolgung von Whistleblowern. Der gleiche Präsident Trump, der gesagt hat, er unterstütze das US-Justizministerium in seinem vorrangigen Ziel, den WikiLeaks-Herausgeber Julian Assange zu verhaften.

Währenddessen verkünden die Demokraten, das Gerede vom Tiefen Staat sei eine grundlose Verschwörungstheorie. Das ist eine von Natur aus absurde Position. Der Tiefe Staat ist keine Verschwörungstheorie, es ist ein Begriff, der in der politischen Analyse verwendet wird, um die Art und Weise zu beschreiben, wie nicht gewählte Machtstrukturen wie multinationale Plutokraten und Geheimdienst-/Verteidigungsagenturen untereinander zusammenarbeiten, um ihre eigenen Pläne voranzutreiben. Es ist Fakt, dass solche Plutokraten und Agenturen

1. existieren, 2. Macht besitzen, 3. nicht gewählt sind, 4. dazu neigen, untereinander Allianzen zu bilden und 5. versuchen, ihre eigenen Pläne voranzutreiben. Das ist unstrittig. Das einzige, worüber man streiten kann, ist die Art und das Ausmass ihrer Operationen.

Das wären übrigens die gleichen Demokraten, die in den letzten anderthalb Jahren die US-Geheimdienstagenturen fanatisch verteidigt haben und J. Edgar Hoovers Erben James Comey und Robert Mueller als lebende Heilige kanonisiert haben.

Tweet von Donald J. Trump @realDonaldTrump

«Schaut, wie sich die Dinge um den Kriminellen Tiefen Staat entwickelt haben. Sie sind hinter der heuchlerischen Verschwörung mit Russland her, einem erdachten Schwindel, und werden am Ende bei einem riesigen SPIONAGE-Skandal erwischt, wie es dieses Land wohl noch nie erlebt hat! Alles rächt sich irgendwann!»

Tweet von CNN @CNN (retweeted von Ted Lieu)

«Aussenminister Mike Pompeo widerspricht Präsident Trump zu den Anschuldigungen über den ‹Tiefen Staat›.»

Offensichtlich gibt es in Amerika einen Tiefen Staat, offensichtlich ist er extrem mächtig und offensichtlich sind Männer wie Donald Trump und Mike Pompeo einige seiner wertvollsten Fusssoldaten. Aber die parteiischen Echokammern haben den meisten Amerikanern solche Scheuklappen angelegt, dass sie nur eine der zwei Hälften dieser Gleichung sehen können: Entweder ist die US-Geheimdienstgemeinde ein tapferer Verein aus tugendhaften Patrioten, die sich gegen einen Präsidenten wehren, der (A) dumm ist, (B) verrückt, (C) ein Nazi und (D) ein Kreml-Agent. Oder Trump ist ein populistischer Held des Volkes, der den Tiefen Staat bekämpft. Durch die Filter der parteiischen Idiotie kann man unmöglich die ansonsten offensichtliche Tatsache erkennen, dass die Vereinigten Staaten durch eine nicht gewählte Macht dominiert werden und dass Donald Trump voll im Dienst dieser nicht gewählten Macht steht.

Aber immer mehr Menschen durchschauen diese Illusion. Immer mehr stellen die richtigen Fragen dazu, warum US-Regierungen unabhängig von der politischen Zugehörigkeit scheinbar die gleiche Politik verfolgen. Es ist nicht mehr nötig, diese jetzt nutzlose Phrase vom ‹Tiefen Staat› zu verwenden, um auf diese Dynamik hinzuweisen. Das wird von Tag zu Tag offensichtlicher.

Quelle: <https://www.theblogcat.de/uebersetzungen/das-monster-aus-dem-deep-state-sumpf/>

## Die freiwillige Spionin in deinem Hause: Amazons Alexa hört mit und verschickt Gespräche

*Sott.net; Sa, 26 Mai 2018 06:49 UTC*

Amazon Alexa – Das Gerät ist praktisch, klein und handlich und es kann neben vielen anderen Dingen auch Sachen auf Amazon bestellen. Eine ‹neue› unbekannte Funktion ist, dass das Gerät unfreiwillige Gespräche aufzeichnet und verschickt. Natürlich ist das alles nicht gewollt, denn unsere Daten und Sicherheit liegen Amazon am Herzen.



Doch zu den Geschehnissen:

Ein Echo-Lautsprecher von Amazon hat offenbar ein Gespräch seiner Besitzer aufgezeichnet, ohne dass die das mitbekommen haben. Dann verschickte die Sprachassistentin den Mitschnitt an einen Kontakt im Adressbuch. Die Frau aus Portland sprach mit dem Lokal-Fernsehsender ‹Kiro 7› in Seattle, der die Geschichte so erzählt: Ein Angestellter ihres Mannes habe das Paar angerufen und gesagt, sie sollten sofort ihrem Alexa-Lautsprecher den Stecker ziehen. Sie seien womöglich gehackt worden. Denn er habe einen Mitschnitt geschickt bekommen von einem Gespräch des Paares, das nicht für ihn bestimmt gewesen sein. Darin sei es um Holzfußböden gegangen.



Zufällig ging es dabei um Holzfussböden – zwar nicht das Produkt Nr. 1 auf Amazon, aber ähnliche Dinge können bestellt werden.

Weiter zu dem Fall in Oregon:

Alarmiert habe die Betroffene daraufhin bei Amazon nachgefragt und dort eine Bestätigung erhalten. Auch gegenüber Medien hat Amazon den Vorfall mittlerweile bestätigt. Allerdings handelte es sich laut dem Unternehmen um ein «extrem seltenes Vorkommnis».

Amazon spricht von einer «unwahrscheinlichen» Verkettung von Ereignissen: Ein Paar aus den USA berichtet, ihr Alexa-Lautsprecher habe ein Gespräch in seiner Wohnung aufgenommen und dann ungefragt an einen Kontakt im Adressbuch verschickt. Nur durch den besorgten Anruf des Empfängers hätten die Betroffenen von der Sache erfahren.

– Spiegel

Amazon gibt zumindest zu, dass der Fall tatsächlich geschehen ist. Doch welche Begründung liefert Amazon? In einem Statement erklärt Amazon, wie das passieren konnte: Der smarte Lautsprecher habe in einer Hintergrundunterhaltung fälschlicherweise «Alexa» herausgehört und sich entsprechend aktiviert.

Danach habe Alexa im Gespräch wieder fälschlicherweise «Nachricht verschicken» herausgehört – und auch gefragt: «An wen?» Das hätten die Besitzer wohl nicht bemerkt und weitergesprochen. Das Gesagte wurde dann von der Software zum dritten Mal falsch verstanden als ein Kontakt im Adressbuch. Auch den habe der Lautsprecher noch einmal ausgesprochen – wiederum, ohne von den Besitzern bemerkt oder gehört worden zu sein – und habe dann im Gespräch ein «right» herausgehört, also eine Bestätigung fürs Verschicken.

– Spiegel

Ich glaube Amazon hier kein Wort und es wäre auch dumm von Amazon, die Technik von Alexa nicht für sich zu nutzen, wenn schon Menschen – Entschuldigung – so naiv sind, freiwillige Spione für ihr Haus zu kaufen. Wer weiss, welche Algorithmen Alexa – oder die Amazon Server – wirklich drauf haben, um die Kunden subversiv mit Werbung und Angeboten zu überzeugen. Und es gibt schon zig Millionen dieser kleinen Spione, die in Haushalten eingesetzt werden – natürlich nur zu unserem Besten.

Quelle: <https://de.sott.net/article/32535-Die-freiwillige-Spionin-in-deinem-Hause-Amazons-Alexa-hort-mit-und-verschickt-Gesprache>

## US Space Force! Trump kündigt sechste US-Streitkraft an: Weltall-Kampftruppe

*Sott.net; Mi, 20 Jun 2018 15:12 UTC*

Donald Trump hat in einer Ansprache vor dem «National Space Council» eine ganze Reihe an neuen Plänen für den Weltraum präsentiert, die so schnell wie möglich umgesetzt werden sollen. Neben der ersten Mondlandung eines US-Amerikaners auf dem Mond seit 1972 und einer bemannten Marsmission, die laut Trump auch von reichen Amerikanern mit ihren Raketen privat durchgeführt werden kann, soll eine neuer Plan für das «Weltraum-Verkehrsmanagement» implementiert und eine «US Space Force» als sechste Teilstreitkraft der USA, die den «Weltraum dominieren soll», kreiert werden.



Nach der Vernachlässigung der Weltraumindustrie durch die vorherigen Administrationen will Trump mit diesen Initiativen die Entdeckung des Weltalls wieder als wichtiges Standbein für die US-Ökonomie sowie das Militär wiederbeleben, dadurch zugleich neue Arbeitsplätze schaffen und die Wissenschaft voran bringen.

Amerikas lebenswichtiges Interesse am Weltraum habe jahrelang hinter «speziellen Interessen der Politiker in Washington» angestanden, bemängelte Trump in Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus Militär, Industrie und Wissenschaft, darunter auch die Apollo-Astronauten Schmitt und Aldrin.

«Wir wollen nicht von anderen Ländern wie China oder Russland angeführt werden. Wir haben stets den Rest der Welt geführt und wir werden auch wieder zu den Anführern im Weltraum werden. Weit vor allen anderen (...)», so Trump und führt dazu weiter aus: «Meine Administration beansprucht Amerikas Erbe als die weltweit grossartigste Raumfahrt betreibende Nation. Es ist die Essenz des amerikanischen Charakters, neue Horizonte zu erforschen und neue Grenzen zu überwinden. Unser Schicksal jenseits der Erde ist aber nicht nur eine Frage der nationalen Identität, sondern auch die der nationalen Sicherheit. Das ist so sehr wichtig für unser Militär. Es ist so wichtig, aber die Menschen sprechen nicht darüber. Wenn es um die Verteidigung der USA geht, so reicht es nicht aus, im Weltall präsent zu sein, wir müssen das Weltall dominieren. Das ist so wichtig. Und da dies so wichtig ist, ordne ich hiermit das Verteidigungsministerium und das Pentagon zur unmittelbaren Schaffung und Einrichtung einer «Space Force» an, als sechste Teilstreitkraft der USA. Das ist ein grosses Statement. Es wird die «Air Force» geben und es wird die «Space Force» geben, die voneinander getrennt aber gleichwertig agieren werden. Das ist wirklich etwas Besonderes.»

– Grenzwissenschaft Aktuell

Die neue US Space Force soll unter anderem Aufgaben vom bisherigen Air Force Space Command übernehmen, das bislang der US Air Force unterstellt war und das für das Starten, Betreiben und Überwachen von militärischen Satelliten für Aufklärung, Kommunikation und Wetterdaten, ausserdem für den Betrieb des globalen Netzwerks von Radarstationen zur Weltraumüberwachung (AFSPC) verantwortlich war

– Grenzwissenschaft Aktuell

Durch diesen Schritt verstärkt Trump das mittelfristige und zukünftige Weltraumprogramm einmal mehr und noch stärker als bisher unterstellt er es dem Einfluss des Militärs, der Streitkräfte aber auch der Industrie: «Dieses Mal werden wir mehr tun als nur unsere Fahnen und Fusspuren (auf dem Mond) zu hinterlassen. Wir werden eine langfristige Präsenz (im All) einrichten, (damit) unsere Wirtschaft ausdehnen und das Fundament für eine Mission zum Mars legen, wie sie schon sehr bald stattfinden wird.» Für Trump ist es letztendlich aber gleich, ob dieses Ziel zuerst von der Regierung selbst oder privaten Firmen erreicht wird: «Die Hauptsache ist, dass es ein reicher Amerikaner sein wird.»

Vor diesem Hintergrund will Trump die regierungseigenen Forschungs- und Industrieeinrichtungen (NASA usw.) für die private Raumfahrtindustrie öffnen und will hierzu die bisherigen und «veralteten» Weltraumgesetze «modernisieren».

«Unsere Nation aus Pionieren strebt immer noch danach, das Unbekannte zu erobern. Wir sind Amerikaner und die Zukunft gehört nur uns. Einmal mehr werden wir unerschrockene Seelen durch und in unsere Himmel senden. Einmal mehr werden wir den grossen amerikanischen «Geist» heraufbeschwören, um die nächste grosse amerikanische Grenze zu überschreiten. Und einmal mehr werden wir stolz die gesamte Menschheit anführen, und das ist es, worum es geht. Es geht um die Menschheit. Jenseits der Erde und zu diesen verbotenen Himmeln. Aber diese Himmel werden nicht mehr lange verboten sein.»

– Grenzwissenschaft Aktuell

Quelle: <https://de.sott.net/article/32623-US-Space-Force-Trump-kündigt-sechste-US-Streitkraft-an-Weltall-Kampftruppe>



Sputnik; 12:06, 28.06.2018; von Willy Wimmer

Es gibt eine Redewendung, wenn jemand von einer Entwicklung überrollt wird und sich nicht in der Lage sieht, angemessen darauf zu reagieren. Es heisst dann, dass «jemand blöd aus der Wäsche

schaut». Genau das blüht der Bundeskanzlerin, Frau Dr. Merkel, und der gesamten Politmischpoke vergangener Zeiten.

Da hat man doch ohne jede Gegenwehr auf die Sanktionspolitik des verflissenen amerikanischen Präsidenten Barack Obama gegen Russland gesetzt. Man hat sogar mit einem Stumpfsinn sondergleichen das Verdikt der amerikanischen Kriegscoalition über das Votum der Krimbevölkerung während des Putschvorgangs in Kiew nachgebetet und versucht, die wiederholte und überwältigende Willensbildung in Misskredit zu bringen. Wenn man wissen will, was eine Annexion ist, dann sollte man sich das traurige Schicksal der syrischen Golanhöhen ansehen.

Kein Argument war flach genug, um es nicht gegen Russland und seinen Präsidenten Putin in Stellung zu bringen. Nicht nur bei der gesamten Fraktion «Die Grünen» musste man in Deutschland den Eindruck haben, dass Beschimpfungen und eine politische Form der «üblen Nachrede» fast Verfassungsrang haben, wenn sie sich gegen Russland und seinen Präsidenten richten.

Jetzt jammern Offizielle des Deutschen Fussball-Bundes über ausbleibende deutsche Besuche in einem der gastfreundlichsten Länder der Welt. Russland ist gerade zu dieser grandiosen Fussball-Weltmeisterschaft ein Dorado für all diejenigen, die neugierig sind und gern neue Freunde haben. Es zahlt sich eben aus, wenn in Deutschland und EU-Europa regierungskonform «politischer Hate Speech» gegenüber Russland an der Tagesordnung ist.

Der ehemalige Bundesjustizminister, Herr Maas, glänzte seinerzeit durch Endlos-Versuche, das deutsche Volk nach Strich und Faden zu knebeln, um jede Stimme gegen die Beseitigung der rechtsstaatlichen Ordnung geradezu «auf der Stelle mundtot zu machen».

Das alles könnte sich in wenigen Tagen innerhalb von Sekunden in Schall und Rauch und üblen «politischen Mundgeruch» auflösen. Trump und Putin treffen sich, und damit jene Gespenster am europäischen Polithimmel, denen man nur ja nicht begeben will.

Man verkennt Präsident Trump zum Schaden von uns allen. Er betreibt politische Marktöffnung mit allen Mitteln. Es war der absolute Vorteil der deutschen Industrie, verlässlich zu sein. Die Politik trug dieses Konzept. Amerikanische Unternehmen und die amerikanische Politik waren sprunghaft und oft sofort dann weg, wenn die Kassen hinlänglich geklimpert hatten.

Wir werden uns wundern, wenn eine Abstimmung zwischen den beiden Präsidenten erfolgt. Wir haben unseren guten und verlässlichen deutschen Ruf unserem treuesten Wirtschaftspartner gegenüber aufs Spiel gesetzt. Wir sollten uns nicht wundern, wenn wir am Tag der Aufhebung der Sanktionen vor die Türe gesetzt werden. Merkel sei Dank! Aber dann fehlen noch Strafzölle auf deutsche Automobile, um das ganze Elend deutlich zu machen. Es ist nicht nur dieser aktuelle Umstand, der an eine Zeitenwende erinnert. Seit dem ersten September-Wochenende 2015 wissen wir alle, dass Deutschlands Staatsgebiet nach einer einsamen Entscheidung der noch amtierenden Bundeskanzlerin schutzlos gestellt wurde. Die Bundesregierung, durch Amtseid auf Recht und Gesetz verpflichtet, stellte sich über das Gesetz und leistet freiwilligen staatlichen Kontroll-Verzicht. Eine riesige Zahl von Menschen hält sich in dieser von Terror und Krieg geschüttelten Welt auf unserem Staatsgebiet auf, und die Bundesregierung treibt das nicht um.

Man mag sich an Zeiten erinnern, als im Sinne von «Wir schaffen das» viele noch vom Endsieg faselten. Aus dem Herbst 2015 sind eine Menge Sprüche geläufig. Das gilt nicht nur für die Bundeskanzlerin, sondern auch für Minister Horst Seehofer.

Was hat sich seither getan? Das deutsche Volk hat den begründeten Eindruck, dass alles das, was auf diesem Feld geschieht, nur einem Zweck dient. Die Zahlen der Migration nach Deutschland sollen zur Zufriedenheit des von den Vereinten Nationen betriebenen «sozialen Experimentes» der Umgestaltung einer Gesellschaft so nach oben getrieben werden, dass der Charakter und die ethnische Eigenart des deutschen Volkes nicht mehr wiederzuerkennen sind. Präsident Trump hat in diesen Tagen auf diesen Umstand hingewiesen. Allein deshalb schon verhält man sich in Berlin ihm gegenüber in einer Weise, wie sie auch durch den von ihm installierten Botschafter-Vizekönig nicht weggebügelt werden kann.

Dagegen setzt nun seit Wochen der Minister aus Bayern, Herr Seehofer, seine «Wunderwaffe» ein. Keiner ausser der Bundeskanzlerin hat sie bislang zu Gesicht bekommen. Sie verbreitet aber schon Angst und Schrecken, auch wenn nur einer von angeblich 63 Punkten öffentlich diskutiert wird und diejenigen auf den Plan ruft, die selbst in den letzten Jahrzehnten jede Glaubwürdigkeit für ihr eigenes Tun eingebüsst haben.

Die Kirchen sollten sich in diesem Zusammenhang einmal fragen, warum in Deutschland mehr und mehr Bürger zur orthodoxen Kirche abwandern. Man könnte sogar den Eindruck haben, dass damit geeignete Massnahmen verbunden sind, die Achtung vor dem deutschen Recht wiederherzustellen – und zwar seit dem Verzicht auf staatliche Kontrolle im September 2015. Das könnte man einer Regierung abnehmen, die noch über

ein Mindestmass an Glaubwürdigkeit verfügt. Bei der Bundesregierung und auch bei Herrn Seehofer sollte allerdings jeder in Deutschland zweimal hinschauen.

Die sich häufenden «Fristverlängerungen» erwecken langsam den Eindruck, die Fussball-Weltmeisterschaft zum eigenen Vorteil zu nutzen und sich mittels dieses Instrumentes über den Landtagswahltermin in Bayern hinweg - retten zu wollen.

Unabhängig davon haben die Bürgerinnen und Bürger nach drei Jahren folgenlosen «Herumgewürges in der Migrationsfrage» nur eine Gewissheit. Sollte wirklich etwas geschehen, das auf der Basis von Recht, Gesetz und internationalen Verpflichtungen die millionenfachen Probleme im Land angeht, kann das nicht durch eine Bundeskanzlerin geschehen, die sich an einem Septemberwochenende des Jahres 2015 über das Gesetz gestellt hat. Anderenfalls muss das deutsche Volk davon ausgehen, dass eine Festrede des ehemaligen Bundespräsidenten Gauck in Gütersloh die eigentliche Regierungspolitik ist. Nach Herrn Gauck geht es angeblich in die Richtung, auf deutschem Staatsgebiet ein neues Staatsvolk zu schaffen. Anders kann seine damalige Dankesrede bei einer Preisverleihung vor wenigen Wochen nicht gewertet werden.

Was das deutsche Volk sich mit dem ehemaligen Bundespräsidenten und der heutigen Bundeskanzlerin einhandeln würde, konnte zum Zeitpunkt der glücklichsten Stunde Deutschlands, der Wiedervereinigung, nicht abgesehen werden. Wunderwaffen sind allerdings politische Rohrkrepiere.

\* Die Meinung des Autors muss nicht der der Redaktion entsprechen.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/kommentare/20180628321343379-merkel-migrationspolitik-krise/>

## Die selbsternannten «Retter in Not» – Jede Medaille hat zwei Seiten

Von Nancy McDonnell; Aktualisiert: 28. Juni 2018 19:16

Die Migrantentransfers nach Europa sind in keinsten Weise gerechtfertigt. Auch wenn die Aktivisten auf dem Mittelmeer sich als «barmherzige» Helfer ausgeben, am Ende wartet der Zusammenbruch der westlichen Gesellschaft.



Die «Lifeline» fährt in den Hafen von Valetta auf Malta ein.

Foto: Renata Brito/AP/dpa

Die unkontrollierte Aufnahme fremder Menschen wird zum Zusammenbrechen einer Gesellschaft führen. Kann man da noch von «Barmherzigkeit» sprechen? Ist der Begriff der «Barmherzigkeit» angesichts der zunehmenden Masseneinwanderung nach Europa überhaupt noch gerechtfertigt? Nein, er wird zweckentfremdet, missbraucht und einer politischen Ideologie unterworfen.

Jacques Schuster schreibt in einem Kommentar in der «WELT» von einer «einseitigen» Barmherzigkeit der Hilfsorganisationen. Was sie tun, sei nicht gerechtfertigt, deshalb «muss alles getan werden, um diese Transfers nach Europa zu beenden».

Weiter schreibt er, dass «die Barmherzigkeit zur Tradition des Abendlandes» gehöre, allen in Not geratenen Menschen müsse geholfen werden, egal wie sie aussehen und woher sie stammen würden. Und damit hat er vollkommen recht. Natürlich leben beispielsweise viele Afrikaner in schwierigen und teilweise unter menschen - unwürdigen Bedingungen. Wenn sie sich selbst nicht helfen können, sollte man Hilfe von aussen nicht verwehren. Doch leider gibt es bis heute keine plausible Erklärungen darüber, warum die Masseneinwanderung nach Europa die einzige Hoffnung und die einzige richtige Lösung für diese Menschen ist. Und selbst die Experten, die wiederholt anprangern, dass den Menschen im eigenen Land geholfen werden müsse und dass

wir mit der Masseneinwanderung unsere eigenen Werte und unsere Gesellschaft zerstören, werden als Nazis und Rassisten beschimpft. Was rechtfertigt solch eine einseitige Betrachtungsweise?

Schuster schreibt dazu: «Das Mitempfinden darf nie einseitig sein. Es genügt nicht, die Hilfe als solche zu einer Ideologie verkommen zu lassen und sich der Bedenken aller anderen im eigenen moralischen Grössenwahn zu versperren.»

Für ihn ist die Massenaufnahme eine ‹hochpolitische› Angelegenheit, denn sie gehorche nicht nur einer abstrakten Ethik sondern vor allem auch einer politischen Ethik. «Wem nützt die grenzenlose Aufnahme fremder Menschen, wenn darüber die europäischen Gesellschaften zu zerbrechen drohen?», fragt er. Dabei müsse jeder ‹Blinde›, der sich nur um Hilfsbereitschaft kümmere und nicht um die eigene Gesellschaft doch wenigstens anerkennen, dass «viele NGOs auf dem Mittelmeer das Geschäft der Schleuser betreiben», mahnt Schuster.

Die Politik dürfe das nicht dulden, deshalb seien strengere Massnahmen gegen die sogenannten Hilfsorganisationen, wie sie etwa schon von Italien, Frankreich und Malta praktiziert werden und wie sie auch von Innenminister Horst Seehofer gefordert werden, mehr als berechtigt.

Aus Gründen der Menschlichkeit müsse den auf der ‹Lifeline› festsitzenden Menschen geholfen werden, das lässt Schuster ausser Frage, doch gleichzeitig müsse auch etwas dafür getan werden, diese Transfers nach Europa zu beenden, fordert er.

Gehe es den Akteuren der NGOs auf dem Mittelmeer tatsächlich um das Wohlergehen der Menschen, würden sie den Notleidenden vor Ort helfen. Warum setzen die Besatzung der ‹Lifeline› und andere NGOs ihre Kraft nicht für die Gesundheitsfürsorge, die Arbeitsbeschaffung und für gute Ernährung in Afrika und dem Nahen Osten ein?», fragt er abschliessend.

Sein Fazit: «Es wird Zeit für eine politisch kluge Flüchtlingshilfe.»

Ob seine Forderung Anklang findet, bleibt fraglich, denn schon der Wunsch einiger EU-Staaten, Asyllager ausserhalb der EU einzurichten, stiess gestern auf Besorgnis im Europarat. Diese Lösung berge «gravierende Risiken bezüglich der Menschenrechte», hiess es von dort. Es könne passieren, «dass Menschen von Schlepperorganisationen bezüglich ihrer Chancen auf ein Asylrecht betrogen werden,» begründete man weiter.

Die Versammlung forderte zugleich alle Europaratsländer auf, die Rettung von ‹Flüchtlings› in Seenot «unter allen Umständen über alle anderen Erwägungen zu stellen». Dazu müssten sie Schiffen auch von NGOs Zugang zu ihren Häfen gewähren.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/welt/die-selbsternannten-retter-in-not-jede-medaille-hat-zwei-seiten-a2479633.html?meistgelesen=1>

### **Gauland: «Schliessen wir die Grenzen, steigen aus allen Resettlement-Programmen aus und helfen wir vor Ort»**

Epoch Times; Aktualisiert: 28. Juni 2018 21:03

AfD-Chef Alexander Gauland hat sich gegen die Aufnahme weiterer Migranten in Deutschland ausgesprochen. «Schliessen wir die Grenzen, steigen aus allen Resettlement-Programmen aus und helfen wir denen, die tatsächlich Hilfe brauchen, an Ort und Stelle», sagte Gauland am Donnerstag im Bundestag mit Blick auf Flüchtlinge aus Afrika. «Hören Sie auf, Probleme ohne Ende in unser Land zu importieren.»

Wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) von europäischen Lösungen träume, wisse sie, dass die anderen europäischen Länder ihr dabei nicht folgten. Sie wollten keine ‹Buntheit› akzeptieren, die ‹sexuelle Belästigung und Messerstechereien› beinhalte.

Der AfD-Partei- und Fraktionschef warf Merkel vor, sie beschwöre eine Werteordnung, «die man vielleicht herbeisehnen, die Deutschland aber nicht herbeiführen kann. Die Staaten orientierten sich bei ihrem Handeln nicht mehr an gemeinsamen Werten, sondern an ihren Interessen.»

Gauland reagierte mit seinen Ausführungen auf die Regierungserklärung Merkels. Die Kanzlerin will auf dem am Donnerstagnachmittag in Brüssel beginnenden EU-Gipfel nach einer europäischen Lösung für eine Rückführung bereits registrierter Flüchtlinge suchen. (afp)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/gauland-plaediert-im-bundestag-fuer-grenzschiessung-und-hilfen-vor-ort-a2479603.html?text=1#>

## Leben wir in einer Politsatire?

*Autor Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 30. Juni 2018*

Wenn man sich den Jubel der Merkel-Medien über die angeblichen Erfolge der Kanzlerin auf dem EU-Gipfel in Brüssel ansieht, möchte man sich immerzu kneifen, denn es muss doch ein Erwachen aus dieser Groteske geben. Aber nein, es ist alles echt. Die Propaganda kennt weder Scham noch Grenzen. Nur in ihrem Urteil, wie viel X der Bevölkerung für ein U vorgemacht werden kann, liegen unsere Genossen Journalisten daneben. Die Bevölkerung ist nicht so blöd, um nicht zu merken, was hier gespielt wird. Nur die härtesten Multi-Kulti-Ideologen möchten noch glauben, was die Medien ihnen erzählen. Aber auch denen fällt es immer schwerer. Hier eine kurze Zusammenfassung von meinem Leser A. Sch., was in Brüssel wirklich beschlossen wurde: «Jeder EU-Mitgliedsstaat ist verpflichtet, freiwillig selbst zu entscheiden, ob er auf seinem Boden Internierungslager für Flüchtlinge einrichtet oder nicht. Ferner ist jeder EU-Mitgliedsstaat verpflichtet, freiwillig darüber zu entscheiden, ob er Flüchtlinge aus anderen EU-Mitgliedsstaaten aufnimmt oder nicht.»

A. Sch. fielen dazu zwei passende Satiren ein, semantisch einmal über Bande gespielt: Lorient: «Würden sie sich eventuell für ihre Beleidigung entschuldigen?» – «Nein.» – «Na gut. Dann ist die Sache für mich erledigt.» Verbürgter Brief aus den 50er Jahren an ein Finanzamt in Rheinland-Pfalz: «Sehr geehrtes Finanzamt, nach reiflicher Überlegung bin ich zur Überzeugung gelangt, der Einkommensteuer NICHT beitreten zu wollen.»

Mein Leser M.D meint: «Das ‹Ergebnis› des Brüsseler Flüchtlings-Gipfels finde ich eine grossartige Leistung unserer Kanzlerin (und Seehofer kann seinen Wählern auch sagen, dass seine Forderungen erfüllt wurden)! Immerhin, beachtliche 2 von 28 EU-Ländern haben sich so eine Art unverbindliche Absichtserklärung abgerungen, u.U. darüber nachzudenken, vielleicht irgendwann einmal zu erwägen, den einen oder anderen Flüchtling möglicherweise wieder zurückzunehmen, zumindest temporär. Auch Italien hat sich sehr kooperativ gezeigt und plant, Frontex zu spielen (indem sie einfach niemanden mehr zu sich hereinlassen). Sogar Marokko hat schon auf diesen grossen solidarischen Wurf der EU reagiert – und zugesagt, auf seinem Territorium keine Lager errichten zu wollen. Damit wäre die Regierung Merkel wieder gerettet – sie schafft das eben!»

Nur mit Hilfe der Medien-Propaganda. Ohne sie wäre Merkel längst weg vom Fenster!

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/06/30/leben-wir-in-einer-politsatire/>

## Kommentare zur Petition ‹Weltweite Geburtenregelungen verbindlich einführen! Introduce Obligatory Worldwide Birth - controls!› aus aller Welt

*Achim Wolf, www.freundderwahrheit.de; http://chn.ge/1bSmBDH*

Die Petition wurde am 11. August 2013 gestartet und hatte am 3. Juli 2018 um 15.00 Uhr genau 7216 Unterzeichner aus aller Welt. Die Petition ist weiterhin erreichbar unter dem Kurz-Verweis <http://chn.ge/1bSmBDH> oder durch eine Suche bei [www.change.org](http://www.change.org) nach ‹Geburtenregelungen›.

Einige der interessantesten Kommentare werden hier wiedergegeben:

### Ümit Demir, Deutschland 2013-08-21

Die Überbevölkerung des Planeten ist mit ihren schwerwiegenden Auswirkungen schon seit langem sehr offensichtlich. Es ist an der Zeit und schon verspätet, dass nicht nur regelmässige Gipfeltreffen zur Bekämpfung der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise stattfinden, sondern auch regelmäßige Krisentreffen zur Bekämpfung der Überbevölkerung des Planeten.

### Martyna Czorny, Deutschland 2013-08-22

Weil mir im Gegenteil zu anderen Menschen, seien es anerkannte Wissenschaftler oder ‹wichtige› Menschen in Reihen der Politik oder Regierung, längst bewusst geworden ist, dass die Überbevölkerung durchaus die Ursache für die meisten unserer Probleme ist. Ich spreche dabei nicht nur von den schwindenden Ressourcen und dem Klimawandel, sondern von der Zwischenmenschlichkeit, der Moral und dem Umgehen untereinander. Wer bist du, wenn du nichts hast? Und wer bist du, wenn du nicht in das Bild der Gesellschaft passt? All die psychischen und auch körperlichen Krankheiten werden durch die Überbevölkerung und die damit leider unvermeidliche Verkommung des Menschen nur gefördert. Ich will damit sagen, dass wir für alle Lebensbedingungen, die wir auf der Erde geschaffen haben, ob auf menschlicher oder naturellen Basis, selbst verantwortlich sind! Wir können diese Verantwortung nicht an das System oder an einen vermeintlichen Gott abschieben!!!

**Anita Kanitz, Stuttgart, Deutschland 2013-08-22**

Gerade in Ländern, wo weibliche Kinder, Teenager zwangsverheiratet werden, wo es viele Kindsbräute gibt, wo Frauen und Mädchen keine Rechte haben, wo ihnen Empfängnisverhütung und der Zugang zu Verhütungsmitteln verwehrt wird, so z.B. in Afrika, Asien und auch den arabischen Staaten, herrscht Überbevölkerung. Das System Überbevölkerung basiert auf der Unterdrückung von Menschen, vor allem von weiblichen Kindern und Teenagern, die oft brutal genitalverstümmelt und im Kindesalter verheiratet werden und dann als Gebärmaschine fungieren müssen. Die Sterberate für diese jungen Kindesmütter ist sehr hoch, was in den Ländern niemanden interessiert, nicht ihre Familien und Schwiegerfamilien noch die religiösen Führer (überwiegend muslimisch). Dann werden wir westlichen Länder aufgerufen, diesen Menschen zu helfen und uns werden in den Medien die horrenden Bilder von verhungierenden Säuglingen, Kleinkindern und ihren Müttern gezeigt.

**Nina Dora, Wildberg, Schweiz 2013-08-22**

Weil ich täglich die Folgen sehe: Könnte die gebeutelte Natur schreien, wären wir alle längst taub. Oder hören wir eben deshalb so wenig auf die Vernunft?? Und wie ist es erklärbar, dass seit Erfindung der gesundheitszerstörenden Antibabypille und einiger fadenscheiniger Silikonpräparate nicht weiter an der Verhütung geforscht wird? Wer nutzt endlich wieder die Pflanzen der weisen Frauen (Hexen ...), die die heimische Pflanzenwelt zu nutzen wussten? Inzwischen ist das Grundwasser mit Östrogenen (auch aus der Landwirtschaft), Antibiotika und Drogen in städtischen Bereichen verseucht. Absicht oder Dummheit? Aufgrund von jahrzehntealten Tierversuchen weiss man um die Bedeutung des Individualabstandes, also des Mindestabstands zu nächsten Lebensform, die einem eine Privatsphäre beschert. Bei Unterschreitung dieser Abstände erkannte man die Hackordnung der Hühner bis zur Tötung der schwächsten Tiere, Ratten wurden zu Kannibalen etc.

**Stefan Hahnekamp, Eisenstadt, Österreich 2013-08-22**

Ich unterschreibe, weil ich 1 + 1 zusammen zählen kann: Selbst wenn alle Ressourcen und Schätze der Welt vollkommen gerecht auf alle Menschen aufgeteilt werden würden, gilt dennoch die einfache und unerschütterliche mathematische Wahrheit: Mit jedem zusätzlichen Menschen ist wiederum alles neu aufzuteilen, wodurch jeder automatisch wieder weniger hat. Wer die Überbevölkerung leugnet, leugnet die alltäglich sichtbare Wirklichkeit und die daraus hervorgehende Wahrheit!

**Jan van Weeren, Velp, Niederlande 2013-08-22**

Grundsätzlich geht es nicht um die reine Zahl der Menschen, sondern um ihr Konsumverhalten. Neue Industrieländer wie China, Indien und Brasilien werden den gleichen Anspruch auf die (endlichen) natürlichen Hilfsquellen geltend machen wie die reichen westlichen Staaten und dadurch den Klimawandel sowie die Rohstoffdefizite beschleunigen. Dieses Problem ist umso grösser durch die Zahlenstärke ihrer Einwohner. Daneben gibt es auch klare Überbevölkerung vor allem in Ländern südlich der Sahara, doch die dortigen Menschen verseuchen die Erde weit weniger. Sie gehen massenweise an Nahrungsmangel und Mangel an sauberem Wasser zu Grunde.

**Horst Ludwig, Girona, Spanien 2013-08-23**

Die Hauptursachen der Überbevölkerung werden durch ein spekulatives Finanzwachstumsprinzip als auch durch religiöse Ignoranz ausgelöst. Geburtenkontrolle allein reicht nicht aus ohne die Ursachen dazu zu bereinigen.

**Dudo Erny Zug, Schweiz 2013-08-24**

Befasse mich selbst mit dem Thema. ueberbevoelkerung.ch, Buch «Die Grünschwätzer».

**Frank Leipholtz, Deutschland 2013-08-26**

Für mich besteht kein Zweifel, dass eine dramatische Überbevölkerung unseres Planeten mit ihren vielfältigen Folgen gegeben ist und dass diese in eine selbsterstörerische Phase getreten ist. Wenn nur, wie bisher, auch weiterhin mit den sogenannten humanen Massnahmen wie z.B. Bildung oder Armutsbekämpfung die sehr schnell galoppierende, weltweite Bevölkerungsexplosion eingedämmt werden soll, dann muss damit gerechnet werden, dass schon in absehbarer Zeit andere Faktoren, wie Klimawandel, Kriege um Ressourcen, etc. auf unhumane Weise die Bevölkerungsexplosion wirksam begrenzen werden. Wahre Menschlichkeit und Vernunft raten daher, alternativlos, eine weltweite Geburtenkontrolle rigoros und schnellstens zu realisieren – bevor die humane Kontrollmöglichkeit verlorengeht. Daher unterstütze ich diese Petition.

**Catherine Mossman, Toronto, Kanada 2013-08-28**

Overpopulation is the chief environmental problem, each and everyone of us needs to take personal responsibility

with our reproduction goals. This is not something that we wait for someone else to do, or not do. The Earth's human species is not going to disappear anytime soon.

**Henriette Netser, Zürich, Schweiz 2013-08-28**

Weil ich die Welt schön finde.

**Edmund Dörrhöfer, Deutschland 2013-08-28**

Weil auch ich die Welt für überbevölkert halte.

**aernest tree paisley, Illinois, USA 2013-08-28**

Overpopulation is a great evil done by the earth humans against the universal rule. Saalome

**Daniele G., Italien 2013-08-29**

Cambiare rotta verso il controllo demografico, sarà vitale per noi Umanità e soprattutto per il pianeta Terra che ci consente di vivere. Simbiosi e non parassitismo verso la Terra.

**Luis Marcelo Badano, La Plata, Argentinien 2013-08-29**

Like Isaac Asimov said. One house, 2 people and 2 bathrooms, no problem. 20 people, 2 bathrooms, misery and starvation for most of the world.

**Tharindu Attygalle, Sri Lanka 2013-08-30**

Because I care about our future.

**Harald Schossmann, Wien, Österreich 2013-09-04**

Die auf der Erde überbordende Überbevölkerung ist die Wurzel aller Probleme. Wenn wir diese endlich in den Griff bekommen, werden viele traurige Ausartungen der Vergangenheit angehören. Deshalb muss auch gewissen profitgierigen Spekulanten und Grosskonzernen der Riegel vorgeschoben werden, wenn sie diesen Zustand aus reiner Gewinnsucht anheizen, denn die grausamen Folgen dieser völlig aus den Fugen geratenen Überbevölkerung treffen uns alle!

**Konrad Fleig, Deutschland 2013-09-12**

Ich erinnere mich an das Jahr 1950. Damals lebten auf der Erde ca. 2,4 Milliarden Menschen. Ich war damals 13 Jahre alt. Bis heute, 63 Jahre später, hat sich die Bevölkerung verdreifacht. Das ist Grund genug, zu unterschreiben.

**Wolfgang Stauber, Bichelsee-Balterswil, Schweiz 2013-09-19**

Die Überbevölkerung der Erde ist eine gewaltige Katastrophe und zeigt das Bild eines egoistisch denkenden Menschen, der sich keinen Deut mehr um seine Umwelt schert und die Erfüllung der eigenen Wünsche zum obersten Prinzip seines Lebens erhoben hat. Die Qualität des zukünftigen Lebens aller Menschen ist untrennbar verbunden mit dem Zustand der Natur. Die ungehemmte Plünderung, Ausbeutung und damit einhergehende Zerstörung, Verwüstung und Vergiftung des Erdreichs, der Luft und des Wassers, ausgelöst durch den gewaltigen Bedarf an Nahrungsmitteln und Gütern aller Art einer immer noch explosionsartig wachsenden Bevölkerung, stellt die Menschen vor unlösbare Probleme. Überbevölkerung ist kein Unwort, sondern die genaue Bezeichnung für eine nicht mehr von der Natur verkraftbare Anzahl von Menschen, hervorgerufen durch vernunftloses und verantwortungsloses Zeugen von Kindern. In jedem Land sollten nur so viele Menschen leben, wie dieses aus eigener Kraft auch ernähren kann.

**Walter Hain, Wien, Österreich 2013-09-26**

Weil ich mich als Wissenschafts- und Sachbuchautor lange mit dem Thema beschäftigt habe. Die Erde sollte nur von 3 Milliarden Menschen bevölkert sein. So könnten die Ressourcen gerechter verteilt werden. Eigentlich müsste schon jetzt von den UN ein weltweiter Geburtenstopp ausgerufen werden.

**Catalin Moraescu, Deutschland 2013-10-01**

Die globalen Probleme lassen sich final nur durch das Bekämpfen des Hauptproblems der weltweiten Überbevölkerung lösen. Nur ein sofortiger Geburtenstopp mit langjähriger internationaler Überwachung (z.B. durch die UNO) und zukünftig weltweit koordinierten Geburtenregulierung ist der einzige diskussionswürdige Ausweg. Über das WIE müsste sofort international abgestimmt werden. Die Ignoranz und Leugnung dieser vom Menschen erzeugten Katastrophe sowie die Beschimpfung und Verurteilung der an einer Lösung bemühten Menschen ist



grob fahrlässig und realitätsfremd. Es geht hierbei ganz klar NICHT um Menschendiskriminierung oder um Rassen-Selektion, sondern um das Abwenden weiterer Zukunftsprobleme für die nächsten Menschen Generationen und die Umwelt. Es ist unsere Pflicht, jetzt die Fehler zu korrigieren, auch wenn es sehr spät ist! Diese aktuelle Situation und die daraus resultierende Kausalitätskette zu verstehen, ist für uns alle überlebenswichtig und hat mit Panikmache nichts zu tun!

**Nestor Montero, MD Atlanta, Georgia, USA 2013-10-07**

Ich bin ein umfassend ausgebildeter Chirurg mit langjähriger Erfahrung in der Behandlung von Krankheiten bei armen und hungrigen Menschen. Ich bin mir aus meiner Erfahrung in Medizin und Epidemiologie bewusst, dass die Überbevölkerung auf der Erde die tödlichen Epidemien, Hunger und Krieg erhöht. Um unseren Planeten zu retten, müssen wir beginnen, die menschliche Bevölkerung durch die Art und Weise der Schöpferischen Gesetze und Gebote zu reduzieren.

**Michael van Lier, Deutschland 2013-10-07**

Eine zielführende weltweit verbindliche Geburtenkontrolle vor allem in den energiehungrigen Industriestaaten ist unter anderen notwendigen Massnahmen wohl die humanste Möglichkeit, das verlorengegangene natürliche Gleichgewicht der Erde wieder in die richtigen Bahnen zu lenken. Seuchen, Kriege, Hungersnöte und Naturkatastrophen sind aber die jetzt schon einsetzenden wahrscheinlicheren und wohl auch wirkungsvolleren Alternativen zu einer spontanen menschlichen Massenvernunft.

**Christian Krajczok, Deutschland 2013-10-07**

Damit die Menschheit endlich ein Bewusstsein dafür entwickelt, woher die allermeisten Probleme die wir auf der Erde zur Zeit haben ihren eigentlichen Ursprung haben, nämlich in einer Überbevölkerung dieses Planeten, welcher nicht mehr alle von uns ausreichend ernähren kann und dadurch viele negative Dinge entstehen lässt, wodurch alles Schaden unter uns allen nimmt, und solange dieses Problem nicht wirklich angegangen und gelöst wird es keinen Frieden auf Erden geben kann.

**Anette Reif, Deutschland 2018-05-03**

Das ist die wichtigste Petition, die ich (von den vielen, vielen wichtigen Petitionen) auf change.org je gesehen habe! Überbevölkerung ist die Wurzel ALLER Probleme dieses Planeten, die sich bei erheblich weniger Menschen ebenso erheblich entschärfen/mindern werden. Das hat der Club of Rome (weltweite Arbeitsgemeinschaft internationaler Wissenschaftler) schon 1972 im Buch «Die Grenzen des Wachstums», ohne die bei diesem Thema ansonsten übliche Bigotterie oder Romantik wissenschaftlich nachgewiesen. Noch mehr Menschen bedeutet Elend für alle. Und genau deshalb habe ich mich überlegt gegen eigene Kinder entschieden. Prof. Dr. Harald Lesch (ZDF) hat vor kurzem gesagt, dass man als einzelner Mensch hinsichtlich Umweltverbrauch diesem Planeten durch nichts so schaden kann wie durch ein (eigenes) Kind. Dies hat nichts mit Menschenfeindschaft (hinsichtlich schon lebender Menschen), sondern mit Vernunft zu tun, nicht weitere Menschen auf diesen Planeten zu setzen.

**Gabriele Teklenburg, Deutschland 2018-05-06**

Liebe Anette, Sie sprechen mir aus dem Herzen. Ich habe nur einen Sohn und keine Enkelkinder. Die meisten West-Europäer handeln äusserst verantwortungsvoll. Was hilft uns das aber, wenn nun durch ungebremste Migration und deren Viel-Frauen- und Viel-Kinder-Religion alles ad absurdum geführt wird?

**Anette Reif, Deutschland 2018-05-06**

Nein, liebe Gabriele, auch die West-Europäer sind noch nicht vernünftig genug. Die Notwendigkeit, auch für Migranten bei uns, ist die vollständige Abschaffung von Kindergeld, etc., d.h. keine staatliche Finanzierung für die blosse Existenz von Kindern; noch mehr Menschen sind nicht im Interesse einer Gesellschaft (es sei denn, man will Krieg führen und braucht dafür dann viele Menschen/Soldaten ...). Das gesparte Geld (wie in Skandinavien) für gute Kindergärten, Schulen und sonstige Ausbildung. Denn wenn alle a) weniger Kinder haben und b) die dann gut ausgebildet sind (dadurch auch was in den Köpfen haben), das wäre eine Zukunft. Wie gesagt, ich rede gegen keinen lebenden Menschen, sondern nur gegen die Vermehrung der Menschheit auf demselben Planeten.

**Gerd Hegerfeld, Osnabrück, Deutschland 2018-05-17**

Ich habe unterschrieben, weil wir als Menschheit nicht überleben können, wenn nicht jeder einzelne bewusst Verantwortung für unseren noch blauen Planeten Erde übernimmt. Und dazu gehört eben auch angesichts der weltweiten Überbevölkerung sich bewusst gegen ein weiteres Kind zu entscheiden. Das mag im Einzelfall sehr

schmerzhaft sein. Aber es ist notwendig! Menschen und besonders Kinder, die unsere Hilfe brauchen, gibt es genug. Ich trete ein für eine solidarische Welt. Und wir müssen jetzt handeln.

**Renate Jude, Deutschland 2018-06-05**

Eine Geburtenregelung ist unumgänglich und verstösst nicht gegen die Menschenrechte. Das Gegenteil ist der Fall. Schon jetzt zeigen sich die Folgen der hohen Geburtenraten in den betroffenen afrikanischen und asiatischen Ländern mit ihren Folgen. Um die Notwendigkeit eines Umdenkens zu begreifen, bedarf es allerdings gezielter Aufklärung und einer Förderung des Bildungsstandes der Bevölkerung. Die Ressourcen der Erde sind nun mal begrenzt, da hilft auch kein Wunschdenken. Dass eine Regelung möglich ist, zeigte in jüngster Vergangenheit China.

**Jan van Weeren, Velp, Niederlande 2018-06-05**

Es wird äusserst schwer sein, dies weltweit durchzuführen. Es scheint mir besser, souveräne Staaten einzeln für das Gleichgewicht von Bevölkerungszahl und ökologischer Tragfähigkeit verantwortlich zu machen. Da liegt ja die gesetzliche Macht. Dies würde bedeuten, dass arme Länder die Wahl haben zwischen Geburtenkontrolle oder Bürgerkrieg und Hungersnot. Reiche Länder sollten entweder ihr Konsumniveau stark herunterschrauben, oder aber ihre Einwohnerzahl zumindest halbieren. In der Europäischen Union ist jeder zweite Bürger einer zu viel. (Global Footprint Network Daten).

**Natalie Liepe-Linde, Deutschland 2018-06-05**

Jede Frau auf der Welt sollte über ihren Körper selbst bestimmen können und ist keine Gebärmaschine als zu gehorchende Untertanin der Männerdomäne, und erst recht nicht hat sich die Religion einzumischen. Jede Frau auf der Welt muss Zugang zur besten Verhütung der Pille haben. Denn in der heutigen Zeit, in der insbesondere in den sogenannten «Dritte Welt Ländern», also den Ärmsten der Armen, die durch den Reichtum und Wohlstand der weissen Welt arm wurden, sind 1–2 Kinder besser zu ernähren als 6–8 Kinder, somit wäre die Kindersterblichkeitsrate auch wesentlich niedriger. Und Kinder sind nicht die Garantie, dass Eltern im Alter versorgt sind. Die angeblichen Hilfen durch die von Weissen besiedelten Kontinente werden letztlich nur mit eigenen Interessen (wie bereichere ich mich dadurch) geprägt. Wir fliegen zum Mond usw., unsere Weisse-Reichenwohlstandsindustrie wird zum Nachteil der Armen.

**Eugen Fedorowitsch, Bielefeld, Deutschland 2018-06-05**

Mehr als 2 Kinder pro Familie, in seltenen Ausnahmen 3 Kinder, führen auf Dauer innerhalb der nächsten ca. 40 bis 50 Jahre zu einer Katastrophe! Ich schätze, dass die Bevölkerung der Erde dann ca. 10 bis 11 Milliarden erreichen würde! Unser Planet ist aber, wenn es uns immer gut gehen sollte, maximal für 6–7 Milliarden Menschen bewohnbar. Wegen Wassermangels, durch abgeschmolzene Schnee- und Eismassen wegen Überwärmung wird es zu äussersten Auseinandersetzungen unter den Nationen kommen. Wo soll das Wasser für alle Tiersorten herkommen, wo soll das Wasser für alle Getreidegüter etc. herkommen, wenn nicht genügend Wasser für alle vorhanden ist. Ich halte es für eine sehr grosse Dummheit, für ab jetzt, mehr als durchschnittlich 2 Kinder pro Familie zuzulassen!!! Wer das nicht verstehen kann, hat im Leben bisher nicht genügend gelernt.

**Harold Heim, Deutschland 2018-06-07**

Die Bevölkerung steigert sich nicht linear, wie viele vielleicht meinen. Der Mensch denkt aber erstmal linear. Beispiel: Die Anzahl der Rosen auf einem Teich verdoppelt sich täglich. Nach 99 Tagen ist der Teich halb mit Rosen bedeckt. Wie viele Tage dauert es, bis er ganz bedeckt ist? Nein, keine 198 Tage oder Ähnliches, sondern nur noch einen Tag. Der Zeitraum, in dem sich die Anzahl der Menschen verdoppelt, wird immer kürzer. Und in absehbarer Zeit, wenn die Steigungskurve richtig exponentiell wird, ist es schlagartig vorbei, bzw. die Kriege um Nahrung und Wasser werden explodieren. Dass Nahrung und Wasser jetzt bereits knapp sind und es auch nichts nutzen wird, sämtliche Wälder abzuholzen und auf den Flächen Nahrung anzubauen, sollte jedem klar sein. «Gäbe es eine Weltverhütungshilfe, bräuchten wir keine Welthungerhilfe.» (Heinz Boente; Publizist)

## Geburtenkontrolle

Quelle: FOCUS Online, 28.6.2018

### Fraktionslose Frauke Petry bekommt keinen Applaus

**11.00 Uhr:** Die fraktionslose Frauke Petry kommt ebenfalls zu Wort. Die einstige AfD-Chefin fordert eine "echte Reform des Asylsystems", das ihrer Meinung nach ausgebeutet wird. Den "Masterplan Migration" nennt sie eine kosmetische Korrektur - und das obwohl sie den bislang geheimen Plan nicht kennen dürfte. Afrika könne man "mit **Geburtenkontrolle** und mehr Bildung helfen". Für ihre provokante und wenig komplexe Rede bekommt die Fraktionslose keinen Applaus.

Gefunden von Achim Wolf, Deutschland

## Höchste Monsterwelle im Südlichen Ozean mit 23,8 m gemessen

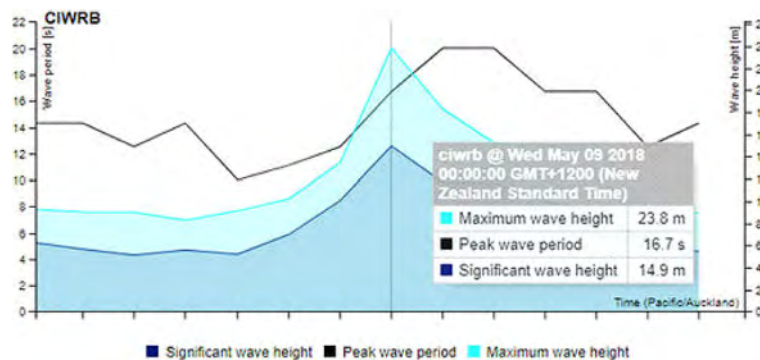
Jörg Klingebach; Sott.net; Mi, 16 Mai 2018 15:23 UTC

1995 konnte zum ersten Mal ein sogenannter unter Seefahrern bekannter «Kaventsmann» gemessen und bewiesen werden sowie dass Monsterwellen tatsächlich existieren. Die damalige Welle hatte eine Höhe von 26 Metern und wurde von der Nordsee-Bohrinsel Draupner gemessen. Nun wurde im südlichen Ozean vor Neuseeland eine weitere Monsterwelle von einer Boje gemessen, die 23,8 Meter erreichte.

Wie «MetOcean Solutions» berichtet, wurde die Monsterwelle in der Nacht zwischen dem 8. und 9. Mai von einer Boje mit einer Höhe von 23,8 Metern registriert: «Das ist ein wirklich faszinierendes Ereignis. Laut dem, was wir wissen, handelte es sich dabei um die höchste, jemals registrierte Welle auf der südlichen Hemisphäre», so der Ozeanograph Dr. Tim Durrant.

~ Grenzwissenschaft

Grewi (Grenzwissenschaft) berichtet weiter, dass die Boje, die die Messung vornahm, nur alle 2,2 Stunden Messungen durchführt. Das heisst, die Welle könnte noch höher gewesen sein.



© MetOcean Solutions

Diagramm der Riesenwelle vom 8./9. Mai 2018 im Südlichen Ozean.

Am 9. November 2007 wurde eine Monsterwelle mittels Lasersensoren einer Offshore-Plattform in der norwegischen Nordsee vermessen. Eine 2017 vorgelegte Auswertung dieser Daten zeigte damals, dass solche Monsterwellen deutlich häufiger auftreten und damit so manches bislang rätselhafte Verschwinden von Schiffen erklären könnten.

Die sog. Andrea-Welle war ganze acht Sekunden lang stabil geblieben und hatte innerhalb dieser Zeit rund 140 Meter zurückgelegt – genügen Zeit also, um ein Schiff, das sowieso schon gegen schweren Seegang ankämpft, regelrecht umzukippen (... GreWi berichtete).

~ Grenzwissenschaft

Quelle: <https://de.sott.net/article/32507-Hochste-Monsterwelle-im-Sudlichen-Ozean-mit-23-8-m-gemessen>

### FIGU-Informationen hierzu:

In den Weltmeeren werden sich durch einen bereits begonnenen und sehr schnell fortschreitenden Klimasturz und die ebenso seit einigen Jahrhunderten laufende Polwanderung zukünftig auch die Monsterwellen, Drei Schwestern und Weisse Wände mehren, was sich auch auf das Phänomen Kaventsmann beziehen wird. Die Monsterwellen resp. Megawellen, die seit Bestehen der Ozeane häufig in Erscheinung treten, können mehr als 30 Meter hoch werden und selbst grosse Ozeanschiffe rettungslos in die Tiefe reissen.

Quelle: «Kontaktgespräch und Voraussagen von Sfath, 1. September 1948»

### Der Stand der Verhandlungen

#### Der EU-Rahmenvertrag: Behauptungen und Fakten (11)

Ginge es nach dem Bundesrat, so stünden die Verhandlungen mit der EU über jenen Rahmenvertrag, der die «institutionelle Anbindung» der Schweiz an den EU-Apparat besiegeln sollte, seit nicht weniger als fünf Jahren «unmittelbar vor dem Abschluss». Wie aber steht es in Wirklichkeit?

Am 6. Dezember 1992 lehnten Volk und Stände den EWR-Beitritt ab. Mehrheiten in Bundesrat und Parlament haben diesen Entscheid indessen bis heute nicht akzeptiert.

Diese Mehrheiten versuchen seither, den Weg in die EU auf Umwegen oder durch «kalte Verfassungsänderung» mittels tendenziöser Neuinterpretation einzelner Verfassungsartikel «durch die Hintertür» zu finden.

#### Das Ansinnen der EU

In einem formellen Brief forderte der damalige Präsident der EU-Kommission, Juan Manuel Barroso, am 21. Dezember 2012 die «institutionelle Anbindung» der Schweiz an den Gesetzgebungsprozess der Europäischen Union. Der Bundesrat schlug, dem Ansinnen Barrosos nachkommend, wenig später einen Rahmenvertrag zum Vollzug der institutionellen Anbindung vor.

In einem Vorvertrag («Non-Paper») einigten sich beide Seiten am 13. Mai 2013 darauf, dass die Schweiz im Rahmenvertrag die automatische Übernahme von als «binnenmarktrelevant» erklärten EU-Beschlüssen akzeptiert, die Oberhoheit des EU-Gerichtshofs bei Meinungsverschiedenheiten anerkennt und der EU ein Sanktionsrecht einräumt, wenn ein Entscheid des EU-Gerichtshofs nicht übernommen werden kann.

Mit diesen einseitigen Zugeständnissen erhält der geplante Rahmenvertrag den Charakter eines Unterwerfungsvertrags.

#### Widerstand verursacht Verzögerung

Hatte der Bundesrat zunächst eine rasche Aushandlung des Rahmenvertrags im Sinn, erkannte er aufgrund zunehmenden Widerstands in der Öffentlichkeit die Chancenlosigkeit seines Vorgehens mit Blick auf eine nicht zu umgehende Volksabstimmung.

Die Landesregierung wartet seit 2014 auf eine «gute Gelegenheit» für eine überfallartige Beschlussfassung zum Rahmenvertrag – oder aber auf Vorschläge und Ideen zur Umgehung einer Volksabstimmung.

Die EU will der Schweiz, solange sie den Rahmenvertrag nicht verabschiedet, keine neuen bilateralen Verträge zugestehen. Eine Ankündigung, die sie allerdings selbst nicht konsequent verfolgt (das Abkommen über den Automatischen Informationsaustausch wurde trotz der EU-Absichtserklärung unter EU-Druck vereinbart).

#### Ausreden

Bundesbern behauptete mit dem Rahmenvertrag im Visier anfänglich, die Vereinbarung eines Stromabkommens mit der EU sei dringlich, erfordere aber vorgängig die Verabschiedung des Rahmenvertrags. Da dieses Manöver mit behauptetem Sachzwang keinerlei Wirkung zeitigte, liess es der Bundesrat wieder fallen. Neuerdings plädiert Bundesrat Ignazio Cassis allerdings dafür, eine solche «Paketlösung» wieder ins Auge zu fassen.

In der Schweiz hat bisher auch der Versuch nicht verfangen, ein Bedürfnis für ein drittes Paket bilateraler Verträge herbeizureden, das den vorherigen Abschluss des Rahmenvertrags bedinge. Wichtige, unbedingt nach vertraglicher Regelung rufende Probleme stehen derzeit zwischen der Schweiz und der EU nicht an.

Die EU übt indessen unvermindert Druck aus auf raschen Abschluss des Rahmenvertrags. Sie will – wie dem via Brexit-Verhandlungen bekannt gewordenen EU-Papier «Option Schweiz» zu entnehmen ist – die Unterstellung der Schweiz unter die Hoheit des EU-Gerichtshofs unbedingt durchsetzen, was das Ende der Selbstbestimmung der Schweiz, das Ende der direkten Demokratie bedeuten würde.

### Tatbestand

«Hektisches An-Ort-Treten» kennzeichnet die derzeitige Haltung des Bundesrats. Er verschliesst dabei die Augen vor der wohl unumstösslichen Tatsache, dass die EU im Vorfeld der definitiven Brexit-Entscheidung der Schweiz in keinem einzigen Punkt entgegenkommen kann, weil dies die EU-Position in den Verhandlungen mit England beeinträchtigen könnte.

Blind für diese Tatsache drängt der Bundesrat auf einen raschen Abschluss, womit er sich selbst unter Zugzwang setzt und zuletzt mit Sicherheit weitere, einschneidende Konzessionen eingehen wird. Verhandlungsfähigkeit im Interesse der Schweiz vermag Bundesbern offensichtlich nicht zu entwickeln. EU-No

*Thomas Hürlimann, Schriftsteller: «Eine bessere Organisationsform als die Nation hat die Menschheit bisher noch nicht entwickelt.» (NZZ am Sonntag, 22. April 2017) 17.05.2018*

Quelle: [http://www.eu-no.ch/news/der-stand-der-verhandlungen\\_201](http://www.eu-no.ch/news/der-stand-der-verhandlungen_201)

### Lug und Trug: Wer wagt es, den Asylsumpf endlich trockenzulegen?

*Von Gastautor Ramin Peymani; Aktualisiert: 24. Mai 2018 16:11*

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat viele Jahre lang zugelassen, dass nach Gutdünken entschieden werden konnte. Für Publizist Ramin Peymani ist damit klar, dass Deutschlands Bürger von höchster Stelle betrogen worden sind.

Das Bild wird immer klarer. Scheibchenweise kommen beinahe täglich neue Ungeheuerlichkeiten ans Licht. Deutschland wird von einem offenbar verbreiteten behördlichen Asylbetrug erschüttert, bei dem ideologisierte Amtsleiter jahrelang Asylbescheide in grossem Umfang fälschten. Inwieweit sie sich dabei auf die Tolerierung oder gar Rückendeckung der politisch Verantwortlichen verlassen konnten, ist noch nicht abschliessend geklärt. Es kann jedoch niemanden überraschen, dass der bei weitem noch nicht vollständig aufgedeckte Missbrauch der Amtsgewalt nach aktuellem Kenntnisstand im tiefroten Bremen am grössten war. Dort regiert seit Kriegsende ununterbrochen die SPD – mal mit, mal ohne Partner. Kein anderes Bundesland kann auf sieben Jahrzehnte rote Politik zurückblicken.

Zudem bilden die Bremer Genossen seit 2007 eine Koalition mit den Grünen. Links-grüne Ideologie ist nun einmal das Gegenteil einer verantwortungsvollen Asylpolitik.

Der «bandenmässige Betrug», der längst nicht mehr nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch den Bundesinnenminister beschäftigt, scheint allerdings keinesfalls auf die Bremer Aussenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge beschränkt zu sein. Eine vom Bundesamt selbst eingesetzte Ermittlerin kam unlängst zum Schluss, dass die Verstrickung bis in die Nürnberger Zentrale reiche. Ihre brisanten Untersuchungsergebnisse, zu denen auch Hinweise auf eine Vielzahl weiterer Betrugsfälle in ganz Deutschland gehören, führten dazu, dass sie kurzerhand abberufen wurde.

#### **Zwischen 2013 und 2016 ist in Bremen mindestens 1200 Personen Asyl gewährt worden, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gegeben hätte**

Offensichtlich passte es einer Reihe von Verantwortlichen nicht, dass die mit der Aufklärung Beauftragte ihre Aufgabe ernst nahm. Und auch im Bundesinnenministerium liess man die aus Bayern nach Bremen entsandte Beamtin abblitzen, als sie Mitte März Alarm schlug.

Die Mitarbeiter des gerade vereidigten Horst Seehofer wollten dessen Amtszeit augenscheinlich nicht mit einem Skandal beginnen lassen. Zu diesem Zeitpunkt mag noch die naive Hoffnung bestanden haben, die flächendeckende Gewährung zu Unrecht erteilter Asylgenehmigungen unter den Teppich kehren und den Schwelbrand eindämmen zu können.

Inzwischen ist klar, dass zwischen 2013 und 2016 in Bremen mindestens 1200 Personen Asyl gewährt worden ist, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gegeben hätte. Und auch in mindestens zehn anderen BAMF-Aussenstellen soll es auffällige Unregelmässigkeiten gegeben haben.

Brisant ist, dass das Bundesinnenministerium bereits Anfang 2016 Hinweise auf Betrugsfälle erhalten hat, ohne diesen systematisch nachzugehen oder sie gar öffentlich zu machen.

Der damalige Minister de Maizière hätte auf dem Höhepunkt der von der Bundesregierung verursachten Asylkrise Angela Merkel in den Abgrund gezogen, wären die Betrugsfälle bekannt geworden. In der aufgeheizten Stimmung nach den Kölner Silvesterübergriffen wäre dies wohl der Tropfen gewesen, der das Fass hätte überlaufen lassen. Niemand muss sich also darüber wundern, wie diskret Medien, Justiz und Politik den Vorgang bis heute behandelt haben.

**Auch ohne einen Untersuchungsausschuss zur Willkommenskrise wissen Deutschlands Bürger,  
dass sie von höchster Stelle betrogen worden sind**

Erst jetzt, da die Willkommensblase geplatzt und mehrere Jahre Gras über die Sache gewachsen ist, werden die Dinge öffentlich gemacht. Gleichwohl nur Stück für Stück, weil der deutsche Michel ja immer noch aufwachen könnte. Heute, wo es für die politisch Verantwortlichen scheinbar keine Konsequenzen mehr hat, wo die Fakten geschaffen sind und sich das Land irreversibel verändert hat, ist man bereit, den Asylskandal einzuräumen.

So schön hatte man sich die Welt in den Jahren zuvor zurecht gebastelt mit der Erfindung des «subsidiären Schutzes» und allerlei Massnahmen, die das Asylrecht ausgehöhlt haben. Da liegt der Verdacht nahe, dass zigtausend unrechtmässige Asylgewährungen eher zum Plan gehörten, als dass sie der Überforderung und dem Kontrollverlust des Staates geschuldet sein könnten.

Nun also soll der Asylsumpf trockengelegt werden, was wenig glaubwürdig klingt, wenn man schon die Überbringerin der schlechten Nachricht lieber vom Hof gejagt hat, als ihr den verdienten Ruhm zukommen zu lassen. Ob es einen Untersuchungsausschuss zur Merkelschen Willkommenskrise geben wird, ist völlig offen. Aber auch ohne diesen wissen Deutschlands Bürger, dass sie von höchster Stelle betrogen worden sind. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat viele Jahre lang zugelassen, dass nach Gutdünken entschieden werden konnte. Wer so agiert, ist eine Gefahr für den Rechtsstaat. Dies muss man letztlich der Kanzlerin anlasten, die das Thema Zuwanderung zur Chefsache gemacht hat. Doch wer hat den Mut, sie zur Verantwortung zu ziehen? Der Beitrag erschien zuerst bei Ramin Peymani.

Dieser Beitrag stellt ausschliesslich die Meinung des Verfassers dar. Er muss nicht zwangsläufig die Meinung des Verlags oder die Meinung anderer Autoren dieser Seiten wiedergeben.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/lug-und-trug-wer-wagt-es-den-asylsumpf-endlich-trockenzulegen-a2445132.html?text=1#>

**«Die wollen die Macht über unsere Lebensmittel»:  
Proteste gegen Monsanto-Übernahme durch Bayer**

*Epoch Times; Aktualisiert: 25. Mai 2018 15:29*

Die geplante Übernahme des US-Saatgutherstellers Monsanto durch Bayer könnte nach Angaben des Chemiekonzerns schon bald abgeschlossen zu sein. Begleitet wurde die Hauptversammlung in Bonn von Protesten.

«Nach fast zwei Jahren intensiver Arbeit haben wir fast alle entscheidenden Freigaben erhalten», sagte Bayer-Vorstandschef Werner Baumann am Freitag auf der Hauptversammlung des Konzerns in Bonn. Bayer gehe davon aus, «die Transaktion in Kürze abschliessen zu können».

Die EU-Kommission hatte der rund 56 Milliarden Euro schweren Übernahme im März im Prinzip grünes Licht gegeben, knüpfte die Fusion aber an Bedingungen – nämlich die von Bayer angekündigte Abgabe ganzer Geschäftsteile an den Konkurrenten BASF, um den Wettbewerb zu gewährleisten. Durch die Übernahme des US-Konzerns durch den deutschen Chemieriesen soll der weltweit grösste Anbieter von Pestiziden und Saatgut entstehen.

**«Das Streben ist eindeutig, die wollen die Macht über unsere Lebensmittel»**

Nicht zuletzt deshalb ist der Deal umstritten. Vor der Hauptversammlung protestierten am Freitag nach Angaben der Veranstalter 200 Menschen gegen die ihrer Ansicht nach zu grosse Marktmacht.

«Wir dürfen nicht zulassen, dass Megakonzerne die Kontrolle über unser Ernährungssystem übernehmen», erklärte Christian Rollmann vom Bündnis «Wir haben es satt». Bayer sei «kein Wohltätigkeitsverein, sondern ein Konzern, der mit unserem Essen Milliardengewinne generieren will». Den 800 Millionen Menschen, die weltweit an Hunger litten, sei «durch die Zerstörung von bäuerlichen Strukturen und regionalen Saatgutmärkten nicht geholfen», kritisierte er.

«Insektensterben, Nitrat im Grundwasser, Monokultur statt Vielfalt – all das macht eindrücklich klar: Wir brauchen eine Agrarwende», forderte der Gentechnik-Experte der Grünen-Bundestagsfraktion, Harald Ebner. Die Bayer-Monsanto-Fusion bewirke «genau das Gegenteil».

«Das Streben ist eindeutig, die wollen die Macht über unsere Lebensmittel, unser Saatgut. Und das im Paket mit Agrarchemie, weil sie beides anbieten. Und das ist fatal», sagte Bernward Geier von der Navdanya-Stiftung, einer Nicht-Regierungsorganisation, die sich für den Erhalt von Saatgut einsetzt und Partner der Gepa ist.

### Bayer will Landwirten auf der ganzen Welt ‹helfen›

Bayer erklärte hingegen, zu der ‹enormen Herausforderung›, bis 2050 für rund zehn Milliarden Menschen auf der Erde Nahrungsmittel in ausreichender Menge und Qualität herzustellen, könne das Unternehmen ‹gemeinsam mit Monsanto mehr beitragen›.

«Künftig können wir den Landwirten auf der ganzen Welt noch besser dabei helfen, gesunde, sichere und erschwingliche Lebensmittel auf nachhaltige Weise herzustellen», sagte Baumann. Die Landwirtschaft habe es in der Vergangenheit immer wieder verstanden, mithilfe von neuen Verfahren, neuen Züchtungen oder neuen Technologien immer mehr Menschen zu ernähren. Darum gehe es auch jetzt, ‹insbesondere vor dem Hintergrund, dass Ernten zunehmend durch Wetterextreme und den Klimawandel bedroht werden›.

Durch die Übernahme von Monsanto wachse auch die Verantwortung des Unternehmens. «Wir werden alles tun, um dieser Verantwortung gerecht zu werden», betonte Baumann. Bayer stehe ‹für höchste ethische, ökologische und soziale Standards›. (reuters/afp)

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/welt/die-wollen-die-macht-ueber-unsere-lebensmittel-proteste-gegen-monsanto-uebernahme-durch-bayer-a2446498.html?text=1>

### Krebs durch Glyphosat? US-Prozess gegen Monsanto beginnt

*Epoch Times; Aktualisiert: 19. Juni 2018 8:44*

Der jüngst vom Bayer-Konzern übernommene Saatgutriebe Monsanto muss sich erstmals vor einem US-Gericht wegen angeblich verschleierte Krebsrisiken seines Unkrautvernichters Roundup mit dem umstrittenen Wirkstoff Glyphosat verantworten.

Am Montag begann in San Francisco der erste Prozess – viele weitere könnten folgen. Zunächst geht es um die Klage des 46-jährigen Dwayne Johnson, bei dem 2014 Lymphdrüsenkrebs diagnostiziert wurde. Er macht Monsantos ‹Roundup› für sein tödliches Leiden verantwortlich und wirft dem nun zu Bayer gehörenden US-Unternehmen vor, die Gefahren des weltweit stark verbreiteten Produkts verschwiegen zu haben.

Bei der ersten Gerichtsanhörung standen Verfahrensfragen auf der Agenda – bevor der Prozess richtig losgehen kann, muss zunächst eine Jury gefunden werden. Obwohl es sich hier um einen Einzelfall handelt, birgt der Prozess für Bayer und Monsanto Brisanz, denn in den USA gibt es zahlreiche weitere solcher Klagen. Der jetzige Fall wird laut US-Medien zuerst verhandelt, weil Kläger Johnson bereits im Sterben liegt und deshalb in Kalifornien Anrecht auf einen schnelleren Prozessbeginn hat. Zwar ist der Ausgang für die anderen Fälle nicht bindend, doch er könnte ein wichtiger Indikator für sie sein.

Monsanto streitet einen Zusammenhang zwischen Roundup, beziehungsweise dessen Wirkstoff Glyphosat, und Krebserkrankungen seit Jahren energisch ab. Das Unternehmen beruft sich in einem Statement auf ‹mehr als 800 wissenschaftliche Studien, die US-Umweltbehörde EPA, die Nationalen Gesundheitsinstitute und Aufseher weltweit›. Sie alle seien zum Schluss gekommen, dass Glyphosat sicher sei und es keinen Krebs verursache. Man habe Mitgefühl mit jedem, der an Krebs leide, aber ‹der wissenschaftliche Befund zeigt klar, dass Glyphosat nicht die Ursache war›.

Doch die Frage, ob Monsantos Verkaufsschlager Roundup zu Krebs führen kann, ist hoch umstritten. So stufte die Internationale Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Unkrautvernichter 2015 als ‹wahrscheinlich krebserregend› für Menschen ein. Fest steht: Sollte die Klagelawine in den USA sich zu einem grösseren finanziellen Risiko für Monsanto entwickeln, so wäre auch Bayer stark betroffen. Die Leverkusener hatten den rund 63 Milliarden Dollar teuren Kauf des Saatgutherstellers aus St. Louis erst vor rund einhalb Wochen offiziell abgeschlossen.

Quelle: <https://www.epochtimes.de/politik/welt/krebs-durch-glyphosat-us-prozess-gegen-monsanto-beginnt-a2470648.html>

### Die erste CDU-Vereinigung unterstützt die ‹Gemeinsame Erklärung 2018›!

*Vera Lengsfeld; Veröffentlicht am 30. Mai 2018*

Der Kreisverband Leipzig-Land der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT Leipzig-Land) stellt sich hinter die ‹Gemeinsame Erklärung 2018›, die ‹die Wiederherstellung der Rechtmässigkeit an den deutschen Grenzen› sowie ein Ende der ‹illegalen Massenzuwanderung› fordert, wie sie bereits vom CDU-Rechtsexperten Bundesminister a. D. Professor Rupert Scholz und anderen Verfassungsrechtlern konstatiert worden ist.

Seit dem 23. Mai 2018 kann jeder Staatsbürger die «Gemeinsame Erklärung 2018» als Petition für den Deutschen Bundestag innerhalb der nächsten 30 Tage mitzeichnen. Ab 50 000 Unterschriften ist der Bundestag verpflichtet, sich mit dem Sachverhalt zu beschäftigen. Gestartet wurde die Petition von der Bürgerrechtlerin und früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld, dem jüdischen Publizisten Henry M. Broder und weiteren Intellektuellen.

Die MIT Leipzig-Land solidarisiert sich mit dieser Petition und fordert von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) eine grundsätzliche Kurskorrektur in der Zuwanderungspolitik.

Hans-Jörg Köhler, Kreisvorsitzender der MIT Leipzig-Land und Inhaber eines Handwerkerbetriebs der Dachdeckerbranche, wörtlich:

«Angela Merkel fügt mit ihrer Politik der Zuwanderung in unsere Sozialsysteme Deutschland einen schweren Schaden zu. Dringend notwendige Reformen und Steuererleichterungen für den Mittelstand und die arbeitende Bevölkerung werden verzögert. Die Zeche für dieses ignorante Vorgehen am Willen der Wähler vorbei wird der deutsche Nettosteuer- und Beitragszahler bezahlen müssen. Schlimmer noch: Die Migration in die Sozialsysteme entspricht einer Nettoneuverschuldung eines dreistelligen Milliardenbetrages, welche zukünftige Generationen zahlen müssen. Gegen diese Politik müssen wir uns gerade als CDU-Mitglieder und Mittelständler aus Verantwortung vor unserer Heimatregion wehren!»

Der Pressesprecher der MIT Leipzig-Land Stefan Friedrich ergänzt:

«Die Grenzöffnung und rechtswidrige Massenzuwanderung war ein Jahrhundertfehler, wie der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU im Bundestag, Christian von Stetten, schon früh im Herbst 2015 feststellte. Angela Merkel darf nicht länger am Willen des Volkes vorbei regieren. Unterstützen Sie daher bitte diese Petition für eine Kurskorrektur in der Migrationspolitik.»

Quelle: <https://vera-lengsfeld.de/2018/05/30/die-erste-cdu-vereinigung-unterstuetzt-die-gemeinsame-erklaerung-2018/>

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

**Redaktion:** «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

#### Abonnemente:

Erscheint zweimal monatlich auf der FIGU-Webseite

**Postcheck-Konto:** Freie Interessengemeinschaft für Grenz- und Geisteswissenschaften, Wassermannzeit-Verlag, 8495 Schmidrüti, Schweiz; PC 80-13703-3; IBAN CH06 0900 0000 8001 3703 3; BIC POFICHBEXXX

E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

Internetz: [www.figu.org](http://www.figu.org)

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2018

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter [www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz